




# Staatsterror in Mexiko

„Sie wollen uns begraben.
Aber sie vergessen,
dass wir Samen sind.“

## Editorial

Liebe Leute, nun ist es wieder soweit, ihr haltet eine aktuelle Ausgabe der Tierra y Libertad in der Hand. Die Ereignisse in Mexiko überschlagen sich, zur Durchsetzung neoliberaler Verhältnisse wird ein brutaler und immer offensichtlicherer Krieg gegen die Menschen geführt, der täglich neue Opfer fordert. Zur Drucklegung waren wir konfrontiert mit der Nachricht der Ermordung eines weiteren Aktivisten, Gustavo Salgado Delgado sowie eines Compas aus Kolumbien, der am Tribunal der Völker gegen Mexiko teilgenommen hatte. Das Tribunal analysiert die Verhältnisse und spricht ein vernichtendes Urteil gegen die mexikanische Regierungsführung, wie der Beitrag zum Thema anskizziert.

Die 43 verschwundenen Studenten aus Ayotzinapa sind zum Auslöser einer breiten und wütenden Bewegung in Mexiko geworden, die aufbegehrt gegen die herrschenden Verhältnisse, ein Ende der Straflosigkeit fordert und Selbstorganisation, Alternativen zur herrschenden Politik sucht.

Mit dem Schwerpunktthema Staatsterror in Mexiko beschäftigen wir uns aus verschiedenen Blickwinkeln: dem Stand der Ermittlungen, dem Polizeiabkommen zwischen Mexiko und Deutschland sowie der Rolle und Interessen deutscher Politik und Wirtschaft, Heckler und Koch, Audi und wie sie alle heißen. Auf der anderen Seite berichten wir über solidarische Unterstützung für die Menschen in Mexiko und einer Karawane zur Vernetzung der Widerstände in Mittelamerika.

Auch hier in Europa verschärfen sich die Verhältnisse, wie der Artikel zu den Verhaftungen spanischer Aktivist_innen zeigt. Ein weiterer Beitrag widmet sich sehr persönlich der Bewegungsgeschichte in der BRD in den letzten 50 Jahren aus dem Blickwinkel von linksunten.

Die Redaktion wünscht euch eine ansprechende Lektüre .

In diesem Sinn, gemäß dem Leitspruch der Bewegung in Mexiko:

Lebend wurden sie uns genommen und lebend wollen wir sie zurück!

## Inhalt



## Impressum:


**Herausgeber_in:**
Redaktionskollektiv / Ya-Basta-Netz

www.tierra-y-libertad.de

**Kontakt zur Redaktion:**
landundfreiheit@riseup.net
Nieberdingstr. 8, 48155 Münster
V.i.S.d.P.: C.Ramona
Auflage: 2300 Exemplare

**Vertrieb:**
abolandundfreiheit@riseup.net

**Spendenvorschlag bei Bestellungen:**
Einzelexemplar: 2 Euro
5 Exemplare: 5 Euro
10 Exemplare: 7 Euro
20 Exemplare: 11 Euro
50 Exemplare: 24 Euro




*Die Tierra y Libertad wird erstellt mit Scribus Open Source Desktop Publishing www.scribus.net*

# 43 Studenten, die einfach nicht verschwinden wollen

## Der Überfall von Iguala offenbart das Ausmaß der staatlichen Verbrechen

**Sie hätten eine weitere Zahl unter den über 26.000 Verschwundenen sein sollen – doch die Hartnäckigkeit der Angehörigen enthüllt die systematischen Verbrechen des mexikanischen Staates.
In der Nacht vom 26. auf den 27. September wurde im mexikanischen Bundesstaat Guerrero eine Gruppe von Lehramtsstudenten der „Escuela Rural Normal de Ayotzinapa“ von der Polizei in Begleitung schwarz vermummter Todesschwadronen mehrmals brutal angegriffen. Bei den Vorfällen in der Nähe der Stadt Iguala wurden sechs Menschen mit zum Teil unvorstellbarer Grausamkeit hingerichtet. 43 weitere Studenten gelten seitdem als verschwunden. Ein Vorfall, der das Land bis heute in Aufruhr versetzt.**

Ursprünglich wollten die jungen Männer Spenden für ihre stark unterfinanzierte Hochschule sammeln. Danach war geplant, nach Mexiko-Stadt weiterzureisen, um an dem Gedenken an das Massaker von Tlateloco im Jahr 1968 teilzunehmen.

Nachdem die Beteiligung der Polizei an dem Verbrechen öffentlich geworden war, präsentierte die Staatsanwaltschaft einen Tathergang, in dem staatliche Kräfte nur auf lokaler Ebene beteiligt waren.

Laut offizieller Version wurden die überlebenden Studenten von der lokalen Polizei verhaftet und an Mitglieder des Drogenkartells Guerreros Unidos übergeben. Diese hätten die Studenten dann auf einer nahegelegenen Müllhalde in Cocula ermordet und ihre Leichen verbrannt. Von den Opfern seien nur noch kleinste Reste von Asche und Knochen übriggeblieben. Diese hätten die geständigen Täter dann in Plastikbeutel verpackt und in einem nahegelegenen Fluss versenkt. Dabei waren die von den Ermittlern präsentierten Fundstücke derart verbrannt, dass bisher lediglich die DNA einer Person identifiziert werden konnte. Als Auftraggeber für dieses Verbrechen wurde der Bürgermeister von Iguala, José Luis Abarca, benannt. Durch die Morde hätte dieser eine geplante Protestaktion der Studenten gegen einen Festempfang seiner Frau verhindern wollen.

Womit die Behörden jedoch nicht gerechnet hatten, ist der bis heute ungebrochene Wille der Kommilitonen und Familien, ihre verschwundenen Angehörigen lebend wiederzufinden. Dabei stellen diese mit Hilfe zugezogener Experten und erfahrener Menschenrechtsanwälte die Arbeit der mexikanischen Behörden immer wieder in Frage.



*Seit dem Überfall von Polizei und Narcos auf die Studenten von Ayozinapa bewegen die 43 Verschwundenen die Bevölkerung in Mexiko - hier bei einer Aktion in Mexiko-Stadt.*

### Falsche Spuren

Denn während die Regierung gerne von Aufklärung spricht, scheinen die Ermittler eher damit beschäftigt zu sein, Beweise zu manipulieren oder am besten gar nicht erst zu finden.

So wurde bereits am 28. September der Öffentlichkeit ein vermeintlicher Täter präsentiert, welcher die Ermittler an ein Massengrab mit 28 Leichen führte. Allerdings wurde schnell klar, dass die gefundenen Leichenteile nicht von den verschwundenen Studenten stammen konnten.

In der Folgezeit verliefen die Ermittlungen mehr als schleppend. So dauerte es trotz der Schwere des Verbrechens mehr als zwei Wochen, bis die Bundesstaatsanwaltschaft den Fall übernahm. Als die überlebenden Studenten schließlich befragt wurden, drehten sich die Verhöre lediglich um ihre angebliche Zugehörigkeit zum organisierten Verbrechen, während die Ereignisse der Tatnacht überhaupt keine Rolle spielten.

Immerhin schickte die Zentralregierung mehrere tausend Soldaten und Polizisten in die Region. Doch anstatt die Angehörigen bei der Suche der Vermissten zu unterstützen, waren diese eher damit beschäftigt, die Menschen vor Ort einzuschüchtern und zu bedrohen. Auch berichteten unabhängige Medien von einer Reihe willkürlicher Verhaftungen von Personen, welche laut Zeugen rein gar nichts mit irgendwelchen Drogenkartellen zu tun hätten.

Die bei den Übergriffen beschossenen und zerstörten Busse wurden hingegen erst zwei Monate nach den Ereignissen von der Spurensicherung untersucht.

## Die Angehörigen ermitteln

Unterdessen setzten die Eltern und Kommilitonen der Studenten mit Hilfe der autonomen Gemeindepolizei die Suche fort. Unterstützt wurden sie dabei von einem Team unabhängiger Forensiker aus Argentinien. Es gelang ihnen allein bis Mitte Dezember 42 versteckte Massengräber ausfindig zu machen. Doch in keinem von diesen befanden sich die Studenten. Allerdings belegen diese Funde, dass in den Bergen von Guerrero wie auch in anderen Teilen des Landes Verbrechen begangen wurden, deren Ausmaß bislang nur erahnt werden kann.



*Mit einfachsten Mitteln machen sich Angehörige und Anwohner_innen auf die Suche - und finden allein bis Dezember 2014 über vierzig Massengräber - allerdings nicht die vermissten Studenten.*

## Bundespolizei und Armee beteiligt

Inzwischen wird die von der Generalstaatsanwaltschaft vertretene Version der Tat gleich von mehreren Seiten massiv und konkret infrage gestellt.

So haben gemeinsame Recherchen der Journalistin Anabel Hernandez zusammen mit Experten der Universität von Berkley ergeben, dass die Studenten von Ayotzinapa während ihrer gesamten Reise von bundesstaatlichen Behörden observiert wurden. Darüber hinaus belegen Videoaufnahmen sowie Zeugenaussagen, dass sich, entgegen den Behauptungen des Chefermittlers, Einheiten der Bundespolizei in unmittelbarer Nähe des Tatortes aufhielten und auch in die Geschehnisse mit eingriffen. Auch war die Armee während der Angriffe durch mehrere Straßensperren, die den Tatort von unliebsamen Blicken abgeschirmten, in unmittelbarer Nähe anwesend.

Dabei sind die Soldaten den verwundeten Studenten bis ins Krankenhaus gefolgt. Dort wurden diese erkennungsdienstlich behandelt und eingeschüchtert. Einer der Studenten erinnert sich dabei an folgende Drohung: „Ich rate euch eure richtigen Namen anzugeben, denn sonst werden sie euch nie finden.“

Auch kam bei den Recherchen heraus, dass die Festivitäten, welche die Studenten angeblich stören wollten, bereits Stunden vor den besagten Ereignissen zu Ende gegangen waren.

Neben diesen Erkenntnissen bringt ein wissenschaftliches Gutachten die These der Staatsanwaltschaft ins Wanken. So belegen die Ausführungen des Physikers der renommierten Universität UNAM, Jorge Antonio Montemayor, dass es praktisch unmöglich gewesen sei, die Studenten an besagtem Ort und unter freiem Himmel derart zu verbrennen, dass quasi keine DNA mehr an den Überresten festzustellen sei. Dabei bezeichnet Montemayor die Version der Staatanwaltschaft als reine Phantasie. Denn im Grunde genommen sei eine solch umfassende Verbrennung nur unter Bedingungen möglich, wie man sie in industriellen Kremationen vorfinden kann.

## Ein geplantes Massaker

All diese Tatsachen erwecken den Verdacht, dass sich es sich bei der Tat um ein von höchster Stelle geplantes und durchgeführtes Verbrechen handelt, bei dem Behörden und Sicherheitskräfte minutiös zusammengearbeitet haben.

Konkret richtet sich der Verdacht dabei gegen das 27. Militärbataillon von Iguala. Dieses ist laut dem Analysten Carlos Fazio eine in der Aufstandsbekämpfung ausgebildete Spezialeinheit. Darüber hinaus war besagte Einheit bereits in den 70er-Jahren, zu Zeiten der „Guerra Sucia“ (schmutzige Kriegsführung), für das massenhafte Verschwindenlassen unzähliger unliebsamer Aktivist_innen bekannt. Auch weiß man heute, dass zahlreiche Militärkasernen mit Krematorien ausgestattet sind.

Während die Regierung versucht, ihre offenbar erfundene Version als „historische Wahrheit“ darzustellen, kritisieren Organisationen wie Amnesty International, dass sich die Ergebnisse der Ermittler ausschließlich auf die Geständnisse vermeintlicher Mittäter stützen.

Mindestens zehn der verdächtigen Personen wurden brutal gefoltert, was ihre Aussagen nicht unbedingt glaubwürdiger macht. Auch die argentinischen Experten kritisieren die mexikanischen Behörden. Sie werfen ihnen ein unwissenschaftliches Vorgehen sowie das Manipulieren der Beweiskette vor.

Der Fall der 43 verschwundenen Studenten und die stümperhafte Aufklärung bringen die Regierung zunehmend in Bedrängnis. Dabei ist Ayotzinapa nur ein Beispiel unter vielen, wahrscheinlich Tausenden nicht aufgeklärter Verbrechen des mexikanischen Staates.

Die Regierung gerät nun auch außenpolitisch zunehmend unter Druck. So möchte die UNO nun etwa auch den Fall des ermordeten Journalisten Moisés Sánchez aus Veracruz selbst untersuchen sowie Mexikos Maßnahmen gegen das gewaltsame Verschwindenlassen unter besondere Beobachtung stellen.
Anfang Februar reisten die Eltern eines vermissten Studenten nach Genf, um Mexiko vor der Staatengemeinschaft anzuklagen. In diesem Falle hat sich nun auch das Europaparlament trotz einer im Allgemeinen widersprüchlichen Haltung durchgerungen, zumindest eine weitere unabhängige Untersuchung finanzieren zu wollen.

Dennoch bleibt abzuwarten, ob es angesichts der enormen Fähigkeit des mexikanischen politischen Systems, Proteste zu kaufen, zu spalten oder auch gewaltsam niederzuschlagen, gelingen kann, die derzeitigen Unruhen im Land zu nutzen, um eine tiefgreifende Veränderung des Landes endlich Realität werden zu lassen.

**Samuel Weber**

Foto links: Wikimedia commons, CC-SA-BY Elenats.93
Foto oben: desinfomemonos.org

# Wie die deutsche Bundesregierung die mexikanische Regierung in Schutz genommen hat, ist peinlich

**Daniel Tapia ist seit mehr als zehn Jahren Mexikoreferent des Ökumenischen Büros in München. Im Gespräch mit Sinrosto.net berichtet er über sein Treffen mit den Angehörigen und Kommilitonen der 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa sowie über die aktuelle Lage im mexikanischen Bundesstaat Guerrero.**

*Daniel, du bist im November nach Ayotzinapa, Guerrero gereist. Was war der Grund für diese Reise?*

Wir sind mit einer Delegation zum „Ständigen Tribunal der Völker – Kapitel Mexiko" nach Mexiko-Stadt gereist. Aber aufgrund der Ereignisse von Ayotzinapa haben wir uns entschlossen, auch dorthin zu reisen, um den Angehörigen und Studenten unsere Solidarität zu bekunden. Uns war es dabei auch wichtig zu zeigen, dass wir nicht damit einverstanden sind, wie sich die EU und auch die deutsche Regierung bei diesem Thema verhalten bzw. positionieren.

*Was ist deine Kritik an der Haltung Deutschlands und der Europäischen Union?*

Als die mexikanische Regierung ins Wanken kam, war die Europäische Union die erste, die mit ihrer Presseerklärung vom 12. Oktober dieser öffentlich den Rücken stärkte. Aber auch verschiedene Mitglieder der Bundesregierung haben der mexikanischen Seite ihr Vertrauen ausgesprochen. Dabei meinen wir, dass der BRD eine besondere Verantwortung zufällt, weil die Polizei von Iguala Maschinengewehre von Heckler&Koch hatte und diese wahrscheinlich auch in besagter Nacht zum Einsatz kamen.

*In dem Fall ermittel ja auch die Bundesbehörden bzw. die Oberstaatsanwaltschaft. Was tragen diese Stellen zur Aufklärung bei?*

Die Verantwortlichen leugnen bis heute, dass föderale Sicherheitskräfte in die Ereignisse verstrickt sind. Es gibt jedoch Beweise, dass sowohl die Bundespolizei als auch die Armee in besagter Nacht vor Ort und aktiv an den Repressionen beteiligt waren. So haben die Studenten gleich am Anfang ausgesagt, dass die Armee unmittelbar nach den Angriffen im Krankenhaus aufgetaucht sei und mit vorgehaltener Waffe ihre Handys beschlagnahmen wollte.

Auch Carlos Fazio hat in einem Artikel darauf hingewiesen, dass Guerrero einer der Orte in Mexiko ist, wo nicht einmal eine Fliege fliegen kann, ohne dass die Armee das mitbekommt. Und seltsamerweise verschwinden unbemerkt 43 Menschen bei Ereignissen, welche sich gerade einmal fünf Minuten vom 27. Regiment in Iguala abgespielt haben. Wegen der Vermutung, dass die Studenten von der Armee verschleppt worden sind, wird heute gefordert, die Kasernen zu untersuchen.

Denn so war gerade das 27. Regiment von Iguala in den Zeiten der „Guerra Sucia" (schmutziger Krieg gegen die Guerilla in den 70er-Jahren) für seine Praxis des Verschwindenlassens bekannt. Es sind aber auch aktuelle Fälle dokumentiert, bei welchen das Militär solche Verbrechen begangen hat.

*Neben der Aufklärung an sich schlägt der Fall ja auch politisch hohe Wellen. Wie gestaltet sich diesbezüglich die Situation im Bundesstaat Guerrero?*

Also die Forderungen beziehen sich nicht auf die Aufklärung, sondern es wird die Rückkehr der Verschwundenen verlangt. Und es ist unsere solidarische Pflicht, dass wir mit genau dieser Forderung den Angehörigen zur Seite stehen. Es ist zwar klar, dass es wenig Hoffnung gibt, aber es gibt noch Hoffnung. In Guerrero sollen im Sommer dieses Jahres die Wahlen verhindert werden, wenn die Studenten bis dahin nicht wieder aufgetaucht sind.

Eine weitere Forderung ist aber auch, den zurückgetretenen Gouverneur Ángel Aguirre zur Verantwortung zu ziehen. Dabei geht es nicht nur um den Fall von Ayotzinapa, sondern er hat auch viele andere Verbrechen auf dem Gewissen, wie z. B. die Ermordung von zwei Studenten im Jahre 2011 und andere Repressionen.

*Wie reagiert die Regierung und was müssen wir in den nächsten Monaten erwarten?*

Also der Punkt ist, dass die mexikanische Regierung den Fall nicht aufklären will, weil der Staat der Täter ist. Deshalb ist die einzige Möglichkeit die Anwendung von Gewalt. Das sieht man daran, wie ständig versucht wird, die Proteste zu kriminalisieren, was allerdings nur zum Teil gelingt. Denn die Eltern haben eine große moralische Autorität.

Deshalb macht es den Anschein, dass die Regierung versucht, die Gewalt an andere Orte zu verlagern, wie z. B. nach Michoacán, Chiapas oder auch wie vor kurzem nach Ciudad Juárez. Es geht darum, die Aufmerksamkeit von Ayotzinapa wegzubekommen. Denn wenn dies nicht gelingt, kann es für die mexikanische Regierung sehr schwierig werden. Zwar kann man nicht mehr sagen, die Regierung sei am Wackeln, aber Mitte November war sie schon sehr in Bedrängnis. Jetzt nach den Feiertagen muss man allerdings abwarten, inwiefern die Bevölkerung in der Lage ist, die Proteste weiterzuführen.

*Was können die Menschen aus bzw. in Deutschland tun, um die Angehörigen bzw. die Bewegung in Guerrero zu unterstützen?*

Es wäre wichtig, das Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko zu verhindern. Das passiert nur, wenn die deutsche Zivilgesellschaft großen Druck aufbaut und damit die politischen Kosten für dieses Projekt erhöht. Zudem sollten wir weiterhin versuchen, den Informationsfluss zu Ayotzinapa aufrechtzuerhalten. Auch das Durchführen regelmäßiger Aktionstage wäre zu begrüßen. Selbst 20 Menschen in München oder 30 in Heidelberg bewirken, dass die Menschen in Mexiko merken, dass sie nicht alleine sind. In nächster Zeit sollen außerdem Anträge im Bundestag diskutiert werden, die das Aussetzen des Sicherheitsabkommens anstreben. Da sollten wir überlegen, wie wir dabei intervenieren können. Sonst kann man sich natürlich auch an den Spendenkampagnen beteiligen, welche Gelder für die Familien der Verschwundenen von Ayotzinapa sammeln. Wichtig ist, dass alles, was wir hier unternehmen, auch in Mexiko bekanntgemacht wird.

*Daniel, danke für dieses Gespräch. Gibt es etwas Wichtiges, was du noch hinzufügen möchtest?*

Wichtig ist, zu sagen: Deutschland hat eine große Verantwortung. So brüsten sich sowohl Deutschland als auch Mexiko mit ihren guten Beziehungen. Und wer Beziehungen zu Kriminellen pflegt, macht sich mitschuldig. Die Art und Weise, wie die deutsche Bundesregierung die mexikanische Regierung in diesem Fall unterstützt bzw. in Schutz genommen hat, ist peinlich. Dabei wurden selbst die Abgeordneten des Bundestags in einigen Punkten falsch informiert. Auch sind die deutschen Waffenlieferungen nach Mexiko mehr als bekannt. Und nicht zu vergessen: Deutschland ist einer der größten Handelspartner Mexikos. Es ist offensichtlich, dass es der deutschen Regierung in erster Linie darum geht, ihr Geschäftsklima in Mexiko schützen.

**Sinrostro.net**

# Eine Art der Regierung finden, die dem Wohle aller dient



**Jorge Vázquez Valencia, Sprecher der „Legitimen Autodefensas" von Michoacán, ruft dazu auf, die staatlichen Institutionen in Mexiko zu ersetzen.**

Das politische System, das uns aufgezwungen wird, erlaubt uns nicht, mit Klarheit zu sehen, wo die Regierung aufhört und wo das organisierte Verbrechen beginnt. Sie sind so miteinander verbunden, dass wir den Eindruck haben, dass sie ein und dasselbe sind.
Die Regierung verursacht, dass wir von einer Empörung in die nächste stolpern. Dabei vergessen wir immer die vorigen und geben immer nur der neuesten eine Bedeutung. Und weil all diese Toten nicht hätten sein dürfen, schmerzen sie mich auf die gleiche Art und Weise.

Deshalb nehme ich mir heraus, diesen Aufruf zu starten:
Ich möchte diesen Aufruf auch an alle Mitbürger, Studenten, Gewerkschaften usw. richten, sich der Bewegung und dem Zusammenschluss der Proteste anzuschließen und es nicht zuzulassen, dass sie uns durch den Rücktritt einiger Funktionäre der unteren Ebenen zum Schweigen bringen.

Ich möchte dazu aufrufen, einen landesweiten Konvent der Kämpfe und Bewegungen zu organisieren, um in erster Linie die Idee und das Konzept der Selbstverteidigungsgruppen zu verbreiten, die repressive Polizei, welche dem Regime dieses Landes dient, zu ersetzen, und damit wir einen Konsens suchen, um ein neues System der Regierung zu entwickeln.

Nutzen wir dieses „Meer von Protesten", um uns zu einer Bewegung zu vereinen, mit dem Ziel alle politischen Amtsträger und Angestellten des Kongresses auf allen Ebenen der Regierung zu entlassen. Übernehmen wir den Kongress, den Senat, den Sitz des Präsidenten und auch die lokalen Kongresse und die Regierungssitze der Landkreise.

Bilden wir lokale, regionale und landesweite Kongresse mit Bürgern, welche sich nicht mit der Mafia der Macht beschmutzt haben. Mit Bürgern, welche nicht in politischen Parteien und nicht Teil der politischen Ordnung waren.

Nicht mehr als ein oder zwei Prozent der Bevölkerung sind in dieser Situation. Der Rest der Bevölkerung war nicht Teil der politischen Parteien oder nicht Teil dieser Regierungen. Machen wir, dass diese Kongresse ein reales und gerechtes System der Regierung planen und organisieren und dass dieses schnell funktionsfähig wird.

## Versklavung rückgängig machen

Setzen wir uns dafür ein, dass die versklavenden Reformen dieses politischen Systems rückgängig gemacht werden. Nehmen wir uns ein Beispiel an Cherán (autonomer und basisdemokratisch organisierter Landkreis im Bundesstaat Michoacán). Beenden wir die Parteienherrschaft, damit der Staatshaushalt nicht mehr die Beute von Piraten ist, welche die Wahlen kaufen.
Vielleicht gibt es mehr Alternativen, aber jede dieser Ideen sollte gegen das aktuelle politische System gerichtet sein. Denn dieses System erscheint wie eine unheilbare Krankheit. Wir können kein System heilen, das von seinen Wurzeln her komplett verrottet ist.

Wir sind in der Lage, etwas Besseres aufzubauen als das, was wir haben. Bedienen wir uns des brillanten „Geistes" Mexikos, um eine neue Form der Regierung zu entwickeln.

Lasst uns in diesen Versammlungen einen Aktionsplan entwickeln, der den Fall des Regimes herbeiführt. Wir tauschen nicht so viele Tote in unserer Geschichte gegen die Auswechslung von vier Mitgliedern dieser Regierung und dieses korrupten und unterdrückerischen Regimes.

Es müssen nicht alle sein und wir müssen auch nicht die Mehrheit sein. Wir können es mit denen in Angriff nehmen, die wie wir aus der Lethargie erwacht sind, die uns durch ihre Medien und Propaganda auferlegt wurde. Wir können nicht warten, bis alle unsere Mitbürger aufgewacht sind. Wir müssen sie durch eine Aktion wie diese aufwecken. Als Menschheit können wir eine Art der Regierung erfinden oder zurückerlangen, welche dem Wohle aller dient.

## Schluss der Parteienherrschaft

Den Politikern in der Regierung, die behaupten, wir müssten den Willen der Mehrheit akzeptieren, sage ich, wir würden ihren Posten respektieren, wenn klar wäre, dass sie wirklich die Mehrheit der Stimmen erhalten hätten.
Ich versichere jedoch, es gibt praktisch niemanden, der ein politisches Amt mit mehr als 50% der Stimmen erhalten hätte. Dieses politische System hatte fast ein Jahrhundert lang die Möglichkeit und hat es nicht geschafft, eine bedeutende Verbesserung für die Mexikaner zu erreichen. Also gibt es keinen Grund, es zu erhalten.

Wir können die Macht der Regierenden nicht innerhalb dieses Systems nehmen, weil diese die Kommunikationsmittel und die Propaganda besitzen und die Regeln dieses Systems selbst erschaffen. Also, keine Parteien mehr.

Lasst uns ein neues politisches Modell schaffen, und ich möchte noch einmal bezogen auf die Studenten von Ayotzinapa wiederholen:
Lebend wurde sie uns genommen, lebend wollen wir sie wieder!

Gesamtes Kommuniqué mit dt. Untertiteln:
youtu.be/xwFg4faYBaM
Hintergrundbericht auf sinrostro.net/2014/10/06/michoacan-mexiko-wenn-die-bevoelkerung-zu-den-waffen-greift/

# Organisiertes Verbrechen und Selbstverteidigungsgruppen

## Was sind die „autodefensas“ ?

**Seit Jahrzehnten gehören schwere Konflikte um den Drogenhandel und andere Bereiche des organisierten Verbrechens in Mexiko zum Alltag. Doch seit 2006, als der damalige Präsident Calderón den Drogenkartellen den Krieg erklärte und verfassungswidrig dem Militär polizeiliche Aufgaben übertrug, ist die Situation eskaliert. Etwa 100 000 Menschen – darunter Tausende Unbeteiligte – sind bei Auseinandersetzungen konkurrierender Gruppen oder mit staatlichen Kräften ums Leben gekommen.**

Die Kartelle arbeiten wie Konzerne und haben häufig Verbindungen zu Staatsfunktionären, Sicherheitskräften und Justiz. Auch US-Soldaten führen Schulungen und Morde für die Kartelle durch. Die Milliardengewinne der Kartelle dringen in legale Wirtschaftskreisläufe ein. Unabhängige Experten sind daher überzeugt, dass ökonomische Interventionen vielversprechender als militärische sind. Menschenrechtsorganisationen und soziale Bewegungen fordern ein Ende des staatlichen „Drogenkrieges“, da er die Situation nur verschlechtert habe. Ökonomische Not, Perspektivlosigkeit, Marginalisierung, Gewalt und Zwangsrekrutierungen ziehen weiterhin zahllose Personen in die organisierte Kriminalität. Das „Heer der Arbeitslosen“ scheint unerschöpflich.

In Mexiko gibt es eine lange Geschichte der Selbstverteidigungsgruppen auf dem Land, häufig wehrten sie sich gegen die Schergen lokaler Machthaber und Großgrundbesitzer. Angesichts der Unfähigkeit oder Beteiligung des Staates im Kontext des organisierten Verbrechens haben sich 2013 im Bundesstaat Michoacán neue autodefensas gebildet, um gegen Raub, Erpressung, Vergewaltigung und Mord aktiv zu werden, mit denen das Kartell der „Tempelritter“ die Region überzogen hatte.

Die autodefensas konnten bereits Erfolge erringen und so gründeten sich weitere Gruppen in ländlichen Regionen von inzwischen 13 Bundesländern. 2014 sah sich der Staat ob dieser Situation bloßgestellt und gezwungen, der Situation Herr zu werden. Die Regierung bot den autodefensas eine Legalisierung in den ländlichen Polizeieinheiten der fuerzas rurales an und spaltete damit die Bewegung. Viele autodefensas gingen darauf ein.

Aufsehen erregte der Fall von José Manuel Mireles, der renommierten Führungsfigur der autodefensas aus Michoacán, der sich nicht auf den Deal einließ und im Juli 2014 festgenommen und gefoltert wurde. Viele Menschen in Mexiko fordern seine Freilassung.

Grundsätzlich gibt es zwei Typen von Selbstverteidigungsgruppen: einerseits die neuen autodefensas, die meist initiativ von einflussreichen Bürgern gegründet wurden, darunter durchaus auch Großgrundbesitzer und lokale Machthaber, die nicht mit den Kartellen einverstanden sind. Die zukünftige Ausrichtung dieser Gruppierungen ist unklar. Andererseits gibt es die policias comunitarias, die auf indigene Traditionen zurückgehen. Diese „Gemeindepolizeien“ sind ihrer Basis gegenüber Rechenschaft schuldig. Polizisten können von der zuständigen Versammlung abgewählt werden und ihre Sanktionen zielen eher auf Wiedergutmachung statt auf Eskalation und Strafe.

Das bekannteste Beispiel ist die policia comunitaria in Guerrero, die 1995 gegründet wurde und in einer Zone, in der rund 100 000 Menschen leben, entscheidend zu einer Senkung der Kriminalität um 90 Prozent beigetragen hat. Teils werden die indigenen Gemeindepolizeien vom Staat geduldet, teils werden sie verfolgt. Im Fall von Guerrero ist es der Regierung gelungen, die Bewegung auseinanderzudividieren und einen Teil an sich zu binden. Doch auch der unabhängige Teil der policia comunitaria, der den Zielen der linksgerichteten Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN nahesteht, arbeitet weiter.

**Luz Kerkeling**

Bild rechts: "Lebendig wollen wir sie wieder" - Grafik der Kampagne für die Verschwundenen
unten: „Freiheit für die politischen Gefangenen“






## Das Polizeiabkommen Mexiko - Deutschland

# Gegen eine deutsche Komplizenschaft

Am 3. Februar wurden Innenminister De Maiziére rund 7.800 Unterschriften gegen den Abschluss eines Polizeiabkommens mit Mexiko überreicht, das in den vergangenen Monaten wiederholt in den Medien kritisiert wurde. Besonders wegen des schrecklichen Vorfalls, der sich in der Nacht vom 26. zum 27. September 2014 in der Stadt Iguala im mexikanischen Bundesstaat Guerrero ereignete, geriet das geplante Abkommen in die Schlagzeilen. In jener Nacht wurde eine Gruppe von Lehrerstudenten, die sich auf dem Weg zu einer Protestaktion befand, von der örtlichen Polizei überfallen. Drei Studenten und drei weitere Personen wurden bei dem Überfall erschossen, 43 weitere wurden verhaftet und verschwanden danach spurlos. Dies rückte eine Polizei ins Schlaglicht, die willkürlich verhaftet, foltert und skrupellos mordet. Eine Polizei, mit der die deutsche Seite ihre Zusammenarbeit intensivieren will und welche durch das Sicherheitsabkommen zusätzliche Legitimität erhalten würde. Die Schlagzeilen brachten die deutsche Regierung in Erklärungsnöte. Seitdem bemüht sie sich um Schadensbegrenzung.

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, ein Netzwerk von 14 Organisationen, lehnt das Abkommen nicht erst seit den dramatischen Ereignissen vom September 2014 ab, denn jenes Verbrechen war keine Einzelerscheinung. Es gibt genügend Dokumentationen von Amnesty International, Human Rights Watch und anderen Organisationen, die belegen, dass alle Ebenen der staatlichen Gewalt in Mexiko an zahllosen Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Doch dies wird von der deutschen Regierung hartnäckig ignoriert.

### Folter gehört zum Tagesgeschäft

Seit langem pflegt die Bundesregierung den Mythos, dass die mexikanische Regierung ernsthaft um eine Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit bemüht sei, aber an den korrupten Strukturen auf der lokalen Ebene scheitere, weshalb man ihr Zeit und Unterstützung gewähren müsse. Doch das vom Außenministerium beständig wiederholte Argument einer „Unschuldsvermutung“ für die mexikanische Regierung wird von den tatsächlichen Verhältnissen ad absurdum geführt. Insbesondere die Partei der Institutionellen Revolution (PRI), die Mexiko über 70 Jahren beherrschte und sich seit 2012 nach zwölfjähriger Unterbrechung wieder an der Macht befindet, ist Weltmeister im Verschleiern realer Zustände. Ein gravierendes aber bei weitem nicht das einzige Beispiel für diese Art von Simulation ist die systematisch angewendete Folter. Mexiko ratifizierte 1987 als eines der ersten Länder die Antifolter-Konvention der UNO und verbot Folter per Gesetz. Doch bis zum heutigen Tag gehört Folter zum Tagesgeschäft, was von der deutschen Regierung nicht bestritten, aber hartnäckig mit dem Verweis darauf relativiert wird, dass dies „leider immer noch“ ein Thema sei, weil Mexiko es – salopp gesagt – nicht schaffe, einige sadistische Dorfpolizisten unter Kontrolle zu bringen. Doch die Realität steht in krassem Gegensatz zum „leider immer noch“-Diskurs der deutschen Regierung. Nicht nur, dass laut Amnesty International die Zahl von Folterfällen in den letzten zehn Jahren dramatisch angestiegen ist. Auch werden unter Folter erzwungene Geständnisse nach wie vor als Beweismittel anerkannt, was belegt, dass es sich hierbei nicht um individuelle Verfehlungen von Polizisten handelt, sondern um ein strukturelles Problem. Zu diesem Problem gehört auch die nahezu vollständige Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte, zu denen extralegale Hinrichtungen, Vergewaltigungen und das gewaltsame Verschwindenlassen unschuldiger Personen zählen.

### Haltlose Behauptungen

Zu dem von der Bundesregierung gepflegten Mythos zählt ferner die Behauptung, dass die mexikanische Bundespolizei (nahezu) frei von Korruption und Menschenrechtsverletzungen sei und deshalb einen wichtigen Partner beim Bemühen um einen Strukturwandel darstellen würde. Insbesondere seit dem Vorfall wird intensiv darauf verwiesen. In den letzten Monaten bezogen sich zwei Staatsminister des Auswärtigen Amtes in Fragestunden des Bundestages explizit auf diesen angeblichen Unterschied. So verkündete Staatsministerin Dr. Maria Böhmer am 15.Oktober 2014: „Die Bundesregierung hält an der Absicht fest, das in Verhandlungen befindliche Sicherheitsabkommen mit Mexiko zum Abschluss zu bringen. Ziel des Abkommens sind die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der mexikanischen Bundesregierung und deren Unterstützung bei der Bekämpfung schwerer und organisierter Kriminalität.“ Dieser Ausschnitt der Fragestunde wurde spanisch untertitelt und im Internet zugänglich gemacht. Er erhielt innerhalb weniger Tage über 130.000 Klicks. Die mexikanische Zivilgesellschaft wollte ihren Ohren bzw. Augen nicht trauen.

### Offene Lügen der deutschen Regierung

Danach ging das Auswärtige Amt von haltlosen Behauptungen zu offenen Lügen über. In einer zweiten Fragestunde, Anfang Dezember 2014 erklärte Frau Böhmer, mexikanische Menschenrechtsorganisationen hätten sich „grundsätzlich bejahend“ zu dem geplanten Sicherheitsabkommen geäußert und benannte auf schriftliche Nachfrage die drei Organisationen, denen sie diese Bejahung unterstellte. Alle drei Organisationen erklärten auf Nachfrage des Nachrichtenportals amerika21, dass es eine solche Äußerung nie gegeben habe. Während mexikanische und deutsche Menschenrechtsorganisationen die Verschleppung und Behinderung der Bemühungen, das Verbrechen von Iguala aufzuklären, beklagten, lobte Außenminister Steinmeier anlässlich des Besuchs seines mexikanischen Amtskollegen am 20. Januar die mexikanischen Strafverfolgungsbehörden die sich „energisch eingeschaltet und zur Aufklärung beigetragen“ hätten. Die Diffamierungskam-



*Foto: Hinrich Schulze*

pagne gegen den Rechtsanwalt Vidulfo Rosales, der die Familien der 43 verschwundenen Studenten begleitet, wurde von Herr Steinmeier offenbar nicht thematisiert.

Die Argumentation der Bundesregierung ist schamlos, denn selbst im aktuellen Fall der 43 Lehreramtsstudenten ist eine Beteiligung der Bundesebene nachgewiesen. Nach Informationen mexikanischer Menschenrechtsorganisationen wurden die Studenten, bevor sie von der lokalen Polizei angegriffen wurden, durch bundesstaatliche und föderale Polizeikräfte überwacht. Diese Kräfte zogen sich bei Beginn der Angriffe durch die lokalen Polizeieinheiten zurück. Soldaten des 27. Infanteriebataillons und der Bundespolizei errichteten eine Straßensperre, während die Studenten beschossen und verhaftet wurden, so dass über diesen Zeitraum der betreffende Ort für unabhängige Personen, zum Beispiel Journalisten, unerreichbar war. Dort stationierte bundesstaatliche Sicherheitskräfte sowie ein Operationszentrum der Bundesgeneralstaatsanwaltschaft wurden in derselben Nacht über den Vorfall informiert, unternahmen aber nichts. Zwei Stunden nach dem Vorfall war das Militär direkt am Ort des Geschehens und bedrohte und schlug die nicht entführten Studenten, statt ihnen Hilfe zu gewähren.

### Verhöhnung der Opfer

Das Lob von Steinmeier für das „energische Vorgehen" der mexikanischen Strafverfolgungsbehörden verhöhnt die Opfer. Für die Ermittlungen war anfänglich die Generalstaatsanwaltschaft des Bundesstaates Guerrero zuständig, wobei 15 Tage nach dem Verbrechen Regierungsvertreter dieses Bundesstaates an die Familien herantraten und Geld anboten, wenn sie die Suche nach ihren entführten Söhnen einstellen würden. Nationale Institutionen unterstützten die Suche nach den Verschwundenen zunächst überhaupt nicht. Präsident Enrique Peña Nieto behauptete, dies sei Aufgabe des Bundesstaates. Erst acht Tage nach dem Ereignis übernahmen nationale Institutionen die Suche nach den verschwundenen Studenten. Diese Vorgehensweise erinnert an die Verhältnisse zu den schlimmsten Zeiten des kolumbianischen Bürgerkrieges: Die zentralen Kräfte schaffen die Rahmenbedingungen und sorgen für Straflosigkeit und die lokalen Kräfte erledigen die Drecksarbeit.

### Kein Einzelfall

Die Ereignisse vom September 2014 sind kein Einzelfall. Ebenfalls im Bundesstaat Guerrero wurde am 12. Dezember 2011 eine Demonstration gewaltsam aufgelöst - dabei wurden zwei Studenten erschossen. Gegen die Mörder der beiden Studenten gibt es bis heute kein Strafverfahren. In beiden Fällen war ein Teil der Polizisten mit G36-Sturmgewehren des deutschen Unternehmens Heckler & Koch ausgerüstet. Ein schwerwiegender Fall der jüngeren Zeit, der in den deutschen Medien kaum Beachtung fand, ereignete sich am 30. Juni 2014: Fünfzehn unbewaffnete Personen wurden von der mexikanischen Armee exekutiert. Offiziellen Darstellungen zufolge waren diese vermeintlichen Drogenhändler bei einem Schusswechsel ums Leben gekommen. Erst eine Recherche der Zeitschrift Esquire brachte die extralegale Hinrichtung ans Tageslicht. In Mexiko gibt es zahlreiche Fälle wie diese. Wenn die deutsche Regierung trotz erdrückender Beweislage darauf beharrt, dass die mexikanischen Sicherheitskräfte auf der Bundesebene sozusagen „unbefleckt" sind, beteiligt sie sich auf diplomatischer Ebene an der Verschleierung von Straftaten.

**Peter Clausing**

## Solidarität mit den Angehörigen der 43 Verschwundenen

Die Ereignisse in Ayotzinapa und die offensichtliche Zusammenarbeit von staatlichen Akteuren und organisiertem Verbrechen haben in Mexiko die größte Protestwelle seit Jahrzehnten ausgelöst: Seitdem protestieren überall in Mexiko Millionen von Menschen gegen die vielfältigen Verbindungen von Staat und Drogenkartellen sowie deren systematische Gewalt gegen die mexikanische Bevölkerung, die allein seit 2006 über 130.000 Tote, über 26.000 Verschleppte, zehntausende Verwundete und hunderttausende Vertriebene zu verantworten hat. Die Menschen fordern den Rücktritt der mexikanischen Regierung, ein grundlegend anderes politisches System und Gerechtigkeit für die Opfer. Viele belassen es mittlerweile nicht mehr bei Protest und beginnen mit der Besetzung von lokalen Regierungsgebäuden und dem Aufbau selbstverwalteter lokaler Verwaltungsstrukturen.

Dass die Ereignisse von Ayotzinapa – anders als viele vorherige, ähnliche Ereignisse – eine solche Welle des Protestes und Widerstandes ausgelöst haben und es möglich erscheint, dass sich in Mexiko ein grundlegender Wandel von unten vollziehen könnte, ist vor allem den Eltern, Angehörigen und Mitstudierenden der 43 verschleppten Studierenden zu verdanken: Ihr mutiger und beharrlicher Protest hat dafür gesorgt, dass der Fall breit thematisiert wurde und sich immer mehr soziale Bewegungen und Menschen aus ganz Mexiko anschlossen. Dafür riskieren die meist indigenen, mittellosen Kleinbäuer_innen aus ländlichen Gemeinden ihr Leben und ihre Gesundheit. Außerdem haben sie seit Monaten ihren Alltag und damit auch ihre Felder, ihre Arbeit, sprich die Existenzgrundlage ihrer Familien aufgeben müssen. Sie sind daher für ihre Reisen zu Mobilisierungen und Vernetzungen in ganz Mexiko, für die sonstigen Ausgaben der Mobilisierung sowie für die Versorgung ihrer Familien auf solidarische Unterstützung angewiesen.

**Wir rufen euch daher auf, die Familien der Angehörigen der 43 verschwundenen Studierenden von Ayotzinapa finanziell zu unterstützen.**

Bitte spendet auf folgendes Konto:

Stichwort/Verwendungszweck: „Ayotzinapa"
Informationsbüro Nicaragua
IBAN: DE83 3305 0000 0000 9171 79
BIC: WUPSDE33XXX
Stadtsparkasse Wuppertal

Das Geld wird den Angehörigen übergeben.

Vielen Dank und solidarische Grüße,

¡Alerta! – Lateinamerika Gruppe Düsseldorf
Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal
Gruppe B.A.S.T.A., Münster
Nicaragua-Verein Düsseldorf e.V.
Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., München
Ya-Basta-Netz, Deutschland

# Arm in Arm mit den Gewaltherrschern

## Deutsche Unternehmen wissen die mexikanischen Verhältnisse für sich zu nutzen

Am ersten Weihnachtstag 2014 protestierten die Familienangehörigen der verschleppten Studenten aus Ayotzinapa vor der deutschen Botschaft in Mexiko-Stadt. Ihre Forderung war unmissverständlich: „Wir rufen die deutsche Regierung dazu auf, keine Waffen mehr an den mexikanischen Staat zu verkaufen", sagte der Sprecher der Opferfamilien, Felipe de la Cruz, der Nachrichtenagentur dpa. Auf einem Transparent war zu lesen: „Eure Waffen haben meine Brüder getötet. Wir wollen sie lebend zurück." Laut Presseberichten wurden beim Überfall auf die Studenten in Iguala von den Polizisten erneut Sturmgewehre der Marke Heckler&Koch (G36) eingesetzt. Bereits im Dezember 2011 waren zwei Studenten aus Ayotzinapa von Angehörigen der mexikanischen Bundespolizei mit H&K-Waffen erschossen worden. Doch aus Deutschland kommen nicht nur Waffen, die zum Elend der aktuellen Situation in Mexiko beitragen.

Seitdem Peña Nieto im Dezember 2012 inmitten von Protesten zum Präsidenten gekührt wurde, dreht sich die Spirale von Protesten und Regierungskrisen und die Suche des Präsidenten nach Rückhalt durch engste Vertraute, die Armee und das Ausland immer schneller. Als Totengräber der letzten Errungenschaften der mexikanischen Revolution und Umsetzer der lange erträumten neoliberalen Reformen wird er von internationalen Unternehmen als Hoffnungsträger gefeiert, von der Zeitschrift Times als „Retter Mexikos" auf die Titelseite gestellt und in Davos, Washington und Peking hofiert. Gleichzeitig befindet sich das halbe Land im Ausnahmezustand: Unzählige Zwangsenteignungen ländlicher Eigentümer durch zahlreiche „Modernisierungprojekte" in Form von Minen, Staudämmen, Straßenbau, Flughäfen, Hotelanlagen, Mülldeponien, Supermärkten, Fabrikanlagen, etc. haben gemeinsam mit der Verschmelzung von Mafia und staatlichen Institutionen dazu geführt, dass sich in Mexiko landauf, landab Proteste organisieren, Bürgerwehren entstehen und Basisbewegungen mit Intellektuellen eine neue Verfassung diskutieren. Auf der anderen Seite stehen Regierungen aus Spanien, Frankreich, den USA, Kanada, China oder Deutschland der mexikanischen Regierung bei, da sie die Investitionen „ihrer" transnationalen Firmen in Mexiko gefährdet sehen. Die ostentative Unterstützung Peña Nietos durch die USA und Europa nach dem Massaker von Ayotzinapa und den jüngsten Korruptionsskandalen ist für die mexikanische Bevölkerung eine schallende Ohrfeige: Der neue spanische König Felipe VI. verlieh den mexikanischen Armee- und Marinechefs Ende November 2014 einen Orden für ihren „selbstlosen Dienst am Allgemeinwohl", just als in Mexiko die Beteiligung der mexikanischen Armee am Massaker von Tlatlaya diskutiert wurde. Die USA bescheinigen Mexiko „beinahe heroische Anstrengungen", den Fall Ayotzinapa zu lösen und wollen die militärische Zusammenarbeit innerhalb des „Plan Mérida" weiter ausbauen. Frankreich bildet die neue paramilitärische Polizeieinheit „Gendarmería Nacional" aus, zu deren Hauptaufgaben der Schutz von Handelswegen und -waren und „Produktionszyklen" sprich ausländischer Produktionsanlagen gehört. Deutschland hält trotz aller Menschenrechtsverletzungen und Proteste unbeirrt am Sicherheitsabkommen zur Ausbildung mexikanischer Polizisten fest (vgl. Artikel in dieser Ausgabe).

In diesem Kontext ist auch die aktuelle Konstruktion eines neuen Audi-Produktionswerkes in San José Chiapa, Puebla, äußerst kritisch zu betrachten. Als Höhepunkt der feierlichen Grundsteinlegung des Werkes am 5. Mai 2013




*Ist das Blut an den Händen schon trocken? Rafael Moreno Valle, Gouverneur des Bundesstaats Puebla, bei der Grundsteinlegung des Audi-Werks (2. v.re). Außerdem: Frank Dreves, Vorstand von Audi, Guajarda Villarreal, Wirtschaftsminister Mexikos, Rupert Stadler, Vorstandsvorsitzender Audi AG, und Filogonio Vargas Torres, Bürgermeister von San José Chiapa*

übergab Audichef Stadler dem Gouverneur Moreno Valle eine Sonderedition des neuen Q5-Modells für die örtliche Polizei. Symbolischer hätten Geschenk und Termin kaum gewählt sein können. Am 5. Mai feiert Puebla den Sieg über die französischen Invasoren, die sich, wie so viele imperialistische Mächte, Mexiko aneignen wollten. Nun werden für die deutschen Investoren Staatskassen geleert, Land verschenkt, der rote Teppich ausgerollt und Polizei zu ihrem Schutz abgeordnet.

Gouverneur Moreno Valle hat das Audiprojekt zur höchstpersönlichen Chefsache erklärt und möchte um das bisher 8000 Seelen fassende, indigene Dorf San José Chiapa die zweitgrösste Stadt Pueblas als sogenannte „Modellstadt“ entstehen lassen. Das spanische Unternehmen Idom, das auch den Finanzdistrikt in Riad, Saudi-Arabien, entworfen hat, plant nun den Aufbau einer kapitalistischen Kunststadt auf dem Reisbrett. Eine vernachlässigte, bäuerliche Gegend soll nun im Zeitraffer zur industriellen „Ciudad Audi“ umgekrempelt und, so der Traum von Moreno Valle, zu einem Modellprojekt für ganz Mexiko werden. Für Audi ein scheinbar rundes Geschäft, von dem die lokale Bevölkerung wohl am wenigsten profitieren wird. Bereits jetzt gibt es um die zuvor billig erworbenen



*Funktionäre mit Sturmgewehr: Mario Marin (Mitte), bis 2011 Gouverneur von Puebla, mit Produkten aus dem Hause Heckler & Koch*

Ländereien um San José Chiapa einen Goldrausch. Hotelketten wie Hilton planen 5-Sterne-Hotels vor Ort. Als 500 lokale Arbeiter der skandalumwitterten Konstruktionsfirma Codesa im Juli 2013 allerdings ihre ausstehenden Löhne einfordern wollten, wurden sie fristlos entlassen und zur Abschreckung das Militär geschickt.

Audi hat sich wegen der billigen Löhne, der geringen Umweltauflagen, der niedrigen Steuern, der günstigen staatlichen Direktkredite, der gesamten staatlichen Infrastrukturarbeiten, die alleine für das Audiwerk aufgenommen wurden, und die zahlreichen mexikanischen Freihandelsabkommen, die Audi zollfreien Export ermöglichen, für diesen neuen Standort entschieden. Wen sich Audi dazu als Partner gesucht hat und was die Folgen ihres Engagements für die gesamte Region ist, scheint den Konzern nicht wirklich zu kümmern.

Der Gouverneur Moreno Valle ist in Mexiko v. a. wegen der Verabschiedung von Gesetzen mit den vielsagenden Spitznamen „Kugel-“ oder „Enteignungs-Gesetz“ bekannt, mit denen er alle Widerstände gegen seine Modernisierungspolitik rücksichtslos zu unterdrücken sucht. Das „Kugel-Gesetz“ ermöglichte Polizeikräften in Puebla den Gebrauch von Schusswaffen gegen Demonstranten, musste aber nach dem Tod eines 13-jährigen Jungen und zahlreicher verletzter Demonstranten nach nur 3 Monaten zurückgezogen werden. Das „Enteignungs-Gesetz“ soll die Verstaatlichung gemeinschaftlichen Landes bei Großprojekten erleichtern.

Unter Moreno Valle gibt es bereits jetzt mehr als 50 politische Gefangene. Dabei handelt es sich zumeist um Bauern oder Indigene, die sich gegen die Privatisierung von archäologischen Stätten, den Bau einer Gasleitung oder den Befugnisentzug der Dörfer, ihre Zivilregister zu unterhalten, wehren. Als Moreno Valle im Januar 2015 eine Bilanz seiner vierjährigen Regierung zog, ließ er befreundete Unternehmer und Politiker eigens mit 16 Hubschraubern einfliegen, während über 10 000 Bewohner Pueblas einen Protestmarsch gegen ihn nach Mexiko-Stadt unternahmen.

Selbtverständlich ist Audi in Mexiko kein Einzelfall. Im ganzen Land werben Gouverneure um ausländische Investitionen und preisen Großprojekte, die die gravierende soziale Kluft in Mexiko weiter verschärfen und an denen sie sich persönlich bereichern, als Fortschritt an. Polizisten werden zum Schutz von ausländischen Arbeitern und Investitionen gegen die lokale Bevölkerung eingesetzt, die um den Erhalt ihrer Flüsse, Berge, Wälder oder Lebensformen kämpfen. Die schändliche Verwicklung der aktuellen Regierung und Familie Peña Nietos mit Baufirmen zeigt das Ausmaß der Korruption. Noch gravierender ist allerdings der Zynismus mit dem ausländische Regierungen diesem Regime mit der Floskel der „Stärkung des Rechtsstaates“ beistehen und wie Unternehmen ihre oftmals blutigen Geschäfte als Fortschritt preisen.

**Heiko Kiser**

Foto S.10: CC-SA-BY: Audi AG

# Abschlussbericht des Ständigen Tribunals der Völker über Mexiko

**Das Ständige Tribunal der Völker (Tribunal Permanente de los Pueblos – kurz TPP) hat seit 1979 in verschiedenen Ländern 35 Sitzungen abgehalten. Es verschreibt sich dabei der Aufgabe, als ständige Instanz Bevölkerungsgruppen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen wurden, eine Stimme zu geben und begangene Verbrechen sichtbar zu machen. Mit ihrem Abschlussbericht zu Mexiko legt die Kommission eine Analyse der Veränderung der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen in den letzten Jahrzehnten vor und stellt dem Staat Mexiko ein vernichtendes Zeugnis aus.**

Nun liegt das Abschlussurteil des TPP zu Mexiko auch in deutscher Sprache vor. Im Folgenden zitieren wir ausgewählte Punkte aus dem 122 Seiten starken Bericht[1]:

Das Ständige Tribunal der Völker hat sich im Laufe seiner dreijährigen Arbeit in Mexiko mit etwa 500 Fällen von individuellen und kollektiven Menschenrechtsverletzungen, Missständen und den massiven Auswirkungen auf einen großen Teil der Bevölkerung befasst, durch welche die Rolle des Staates als Instanz zur Regulierung von Konflikten und zum Schutz der Menschenrechte infrage gestellt wird und die eine dramatische Situation offenbaren. Das Tribunal ist Zeuge, wie die Angst zum Teil einer Strategie zur Kontrolle der Bevölkerung geworden ist, sei es zur Kontrolle der sozialen Proteste oder durch die organisierte Kriminalität, den Menschenhandel oder die Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

## Institutionelle Gewalt auf allen Ebenen

Was von außen (...) nicht wahrgenommen wird, ist, in welchem Maße und welch gravierender Weise das politische System schon seit langem auf ein Schema der institutionellen Gewalt setzt, um eine Wirtschaftspolitik durchzusetzen, die den Interessen einer Minderheit dient und in der einen oder anderen Weise einen Angriff auf die Rechte und Interessen breiter Bevölkerungsschichten darstellt. Was außerhalb Mexikos – zumindest jenseits der Menschenrechtsinstanzen – nicht hinreichend bekannt ist, ist wie häufig diejenigen, die ihre Rechte verteidigen und die Widerstandsbewegungen anführen, Drohungen, Angriffen, Mord, Verschleppungen, Landenteignungen und Zwangsumsiedlungen ausgesetzt sind, und dass es neben der gerne ins Feld geführten obskuren Gewalt durch den Drogenhandel die Gesamtheit der Institutionen des mexikanischen Staates auf allen Ebenen ist, die vorsätzlich oder grob fahrlässig dieses Verhaltensmuster plant, fördert oder zu seiner Aufrechterhaltung beiträgt.

Im Falle Mexikos zeigt sich ein auffälliges Missverhältnis zwischen der Schwere dieser Staatsverbrechen bzw. systematischen Angriffe auf die Rechte der Völker, die während der mehrjährigen Tätigkeit dieses Tribunals angeprangert wurden, und der Vorstellung, die sich internationale und regionale Einrichtungen, Regierungen in Lateinamerika und der übrigen Welt, internationale Medien und selbst soziale Bewegungen, die global für die Rechte der Völker eintreten, von der Situation machen.

Tribunal Permanente de los Pueblos
capítulo México

## Machtmissbrauch

Die im Laufe der Jahre im Rahmen von Workshops, Foren, Voranhörungen und thematischen Anhörungen des Mexiko-Kapitels des TPP zusammengetragenen Informationen, die Durchsicht tausender Dokumente und die Schilderung tausender Zeugenaussagen ergeben allerdings ein Bild der Lage, das keinen Zweifel daran lässt, dass der mexikanische Staatsapparat auf allen Ebenen für die angeprangerten Delikte und Rechtsverletzungen eine Mitverantwortung trägt und in völliger Übereinstimmung mit den Interessen des internationalen Kapitals, der Politik der USA und sogar der Arbeitsweise und den Interessen zahlreicher krimineller Organisationen handelt und dabei nach den in dieser Sache ermittelnden Anklägern „Machtmissbrauch" begeht. Im Zuge dieses Machtmissbrauchs wurde die vorrangige Aufgabe des Staates so umdefiniert, dass er nunmehr als Organisator bzw. Vollstrecker von Ausbeutungen und Enteignungen, der Umstellung und Zerstörung der Produktionsstruktur und der Massaker, Repressionen und zahllosen Rechtsverletzungen fungiert, die zum Bruch der sozialen Strukturen in Mexiko notwendig sind.

Auch wenn dieser Prozess in unterschiedlichem Maße für zahlreiche neoliberal beeinflusste, moderne Staaten charakteristisch ist, sticht der Fall Mexikos zweifellos durch die Tragweite dieses Machtmissbrauchs und das Ausmaß hervor, in dem der Vertretungscharakter oder die sozialen Funktionen des Staates ausgehöhlt werden, wobei ihr Fortbestehen im Unterschied zu diktatorischen Regimen, wo sie explizit aufgegeben werden, vorgetäuscht wird. Genau dies hat neben weiteren Faktoren dazu geführt, dass das Ausmaß der in Mexiko stattfindenden Vorfälle nicht sichtbar war.

Am Prozess zur strukturellen Umwandlung der mexikanischen Gesellschaft sind laut TPP vier Arten von Akteuren beteiligt: transnationale Unternehmen; die Herkunftsstaaten dieser Unternehmen (im Wesentlichen USA und Kanada); internationale Institutionen wie etwa die WTO, der IWF, die Weltbank und schließlich der mexikanische Staat selbst, indem er seine Macht missbräuchlich zur Sicherung und zum Schutz der Interessen der transnationalen Unternehmen, ihrer Herkunftsstaaten oder nationaler und internationaler krimineller Gruppierungen einsetzt.

„Wir haben hier Folter ohne Folterer und extralegale Hinrichtungen ohne Henker", so ein Richter im Abschlussbericht. Das Urteil sei Verpflichtung, für ein neues Mexiko zu kämpfen, das heute beginne, so der Präsident des Tribunals, Philippe Texier.

(1) Das vollständige Dokument ist abrufbar unter: http://www.chiapas.eu/news.php?id=8109

# Mexiko-Soligruppen vernetzen sich bundesweit

## Eindrücke vom Gründungstreffen

**Alarmiert und empört anlässlich der Ereignisse in Guerrero und durch die Eskalation der staatlichen Repression in Mexiko haben sich deutschlandweit viele hier lebende Mexikaner_innen, Soligruppen und Aktivist_innen zusammengeschlossen, um gemeinsam auf die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in Mexiko aufmerksam zu machen.**

Motiviert durch die Notwendigkeit, sich besser auszutauschen und gemeinsame Aktionen zu koordinieren, hat die Gruppe „Solidaridad con Mexico en Goettingen“ zu einem Vernetzungstreffen der Soligruppen eingeladen. Vom 24. bis 25. Januar trafen sich etwa 50 Vertreter_innen von Vereinen, Kollektiven und solidarischen Gruppen, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlen und besorgt sind über die aktuelle soziale Situation in Mexiko. Darunter auch Gruppen wie CAREA, die Lateinamerikagruppe ALERTA oder Mexico via Berlin, die seit vielen Jahren zu Mexiko arbeiten und ihre Erfahrungen einbringen können. Das Treffen diente dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Ausbau eines mit Mexiko solidarischen Netzwerkes und war geprägt von einer Aufbruchstimmung und dem starken Bedürfnis, konkrete Solidarität zu zeigen.

In den Workshops wurde deutlich, dass es wichtig ist, neben dem Anprangern der Menschenrechtsverletzungen in Mexiko auch die Rolle und Verantwortung der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaftinteressen öffentlich zu machen. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehörten u. a. praktische Schritte auf dem Weg zu einer besseren Vernetzung, Beteiligungsmöglichkeiten bei konkreten internationalen Solidaritätsprojekten (siehe Artikel Karawane Mesoamerika), Solidarität mit politischen Gefangenen, das Sicherheitsabkommen der deutschen Regierung mit Mexiko sowie Solidarität mit Ayotzinapa.

Als erste gemeinsame Aktion des neuen Netzwerkes ist eine bundesweite Kampagne geplant, die noch in diesem Jahr stattfinden soll. Ziel ist es, die Waffenlieferungen von Deutschland nach Mexiko zu stoppen. Im Juli wird in Berlin ein weiteres Vernetzungstreffen stattfinden.

**momo**




# Was macht eigentlich das Ya-Basta-Netz ?

Wir, das Ya-Basta-Netz, derzeitige Herausgeber_innen dieser Zeitung, sind ein motivierter Haufen in Deutschland verteilter Menschen, inspiriert und ermutigt durch die zapatistischen Ideen. Das Netz hat sich 1996 in der Vor- und Nachbereitung des Ersten Intergalaktischen Treffens gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit gegründet. Das Treffen fand auf Einladung der EZLN mit 3000 Teilnehmer_innen in Chiapas statt.

Wir vermuten, dass einige Leser_innen dieser Zeitung schon ein paar Mal über uns gestolpert sind. Vielleicht bei einem der drei Rebellischen Zusammentreffen oder beim Ya-Basta-Barrio in Reddelich während der G8-Proteste in Heiligendamm. Vielleicht habt ihr auch unsere Einladung zur Rebellion gelesen, die unser Grundverständnis beschreibt.

Wir verstehen uns nicht als Hilfswerk für die „armen Indigenen“ in Chiapas. Für uns bedeutet Solidarität, einen gemeinsamen Kampf zu führen und gemeinsam an einer anderen Welt zu arbeiten. Wir sind experimentierfreudig und versuchen unsere Utopien im Hier und Jetzt zu leben. Einige von uns leben in Kommunen oder gründen neue, versuchen sich in Einkommensgemeinschaften, gründen Garten-Coops oder einen Waldkindergarten.

Durch Öffentlichkeitsarbeit und konkrete Aktionen unterstützen wir nach Kräften die Zapatist_innen in Chiapas, andere Basisbewegungen in Mexiko, Menschen, die die kurdische Autonomie voranbringen und mit ihrem Leben verteidigen und auch die Anarchists Against The Wall aus Israel und Palästina.

Wir leisten Widerstand, jede_r von uns, wie es ihr möglich ist und wie sie es für richtig hält. Wir recherchieren und versuchen kapitalistische Schweinereien aufzudecken und zu verhindern. Aktuell beschäftigen wir uns zum Beispiel mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe die Interessen deutscher Unternehmen in aller Welt durchzusetzen versucht. Um ihre Aktivitäten breiter publik zu machen, planen wir eine Broschüre, Infoveranstaltungen und eine breite Öffentlichkeitsarbeit.

Mit besonderer Sorge beobachten wir die Waffenlieferungen deutscher Firmen nach Mexiko und werden uns an einer Kampagne gegen Waffenlieferungen nach Mexiko beteiligen. Daher freuen wir uns besonders über die Vernetzung mit Mexikaner_innen, die sich zur Zeit in Deutschland neu organisieren. Wir unterstützen den Widerstand gegen den G7 in Elmau beteiligen uns an Blockupy in Frankfurt. Und nächstes Jahr, da haben wir richtig was zu feiern. Wir werden nämlich 20!!! Das ist Anlass, mal wieder ein richtig fettes Rebellisches Zusammentreffen zu organisieren.

Wir sind ein offenes Netz und freuen uns immer über neue Bekanntschaften von linksunten. Wer mit dem Herzen dabei ist, ist eingeladen, Kontakt zu uns aufzunehmen. Möglicherweise können wir Kontakte in eurer Nähe vermitteln oder ihr guckt mal bei einem Netztreffen vorbei.

**ya-basta-netz.de.vu**

# Weltweites Festival gegen den Kapitalismus in Chiapas

**Zapatistas, Nationaler Indigener Kongress und soziale Bewegungen vertiefen Vernetzung. Solidarität mit Angehörigen der vermissten Studierenden von Ayotzinapa. Empörung über den "Drogenstaat" stärkt autonome Organisierung.**



Es war eine bewegende Zeremonie im autonomen zapatistischen Verwaltungssitz Oventik, im nächtlichen Nebel des Hochlands im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas. Über 5.000 Zapatistas, Angehörige des Nationalen Indigenen Kongresses CNI und Aktivist_innen sympathisierender sozialer Bewegungen aus dem In- und Ausland feierten in der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar 2015 den 21. Jahrestags des Aufstands der linksgerichteten zapatistischen Befreiungsarmee EZLN gegen Kapitalismus, Rassismus, Unterdrückung der Frauen und Naturzerstörung.

Aber es wurde nicht nur gefeiert, sondern auch getrauert und debattiert. Die EZLN hatte als Ehrengäste Angehörige und Kommilitonen der 43 Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa im Bundesstaat Guerrero eingeladen, die seit einer der vielen gemeinsamen Gewaltaktionen von Staat und Mafia am 26. September 2014 vermisst werden. Drei weitere Studenten wurden bei dem Übergriff getötet.

Berta Nava, Mutter von Julio Ramírez Nava, der bei den Angriffen starb, rief dazu auf, sich zusammenzuschließen, um die Verschwundenen aufzufinden. Wie viele andere Angehörige ist sie überzeugt, dass die Mehrheit der Vermissten lebt: „Mein Sohn wurde ermordet. Ich habe mich daher den Angehörigen der 43 angeschlossen. Wir wissen, dass die Regierung sie entführt hat. Mit Hilfe von euch allen können wir sie wiederfinden."

Mario González, Vater von César González, der weiterhin vermisst wird, berichtete: „Uns wurde Geld angeboten, aber ich verkaufe meinen Sohn nicht! Wir werden nicht aufhören, sie alle zu suchen, auch wenn wir dabei unser Leben verlieren. Wir waren bisher nicht politisch organisiert, aber heute wissen wir, welche Schweine an der Regierung sind." Zwischen den Redebeiträgen erschallten immer wieder energische Sprechchöre: „Ihr seid nicht allein!", „Es war der Staat!", „Es lebe die EZLN!" und „Gerechtigkeit für Ayotzinapa - Gerechtigkeit für Alle!"

Während seiner zentralen Ansprache drückte Subcomandante Moisés, Sprecher der EZLN, den Angehörigen die Bewunderung der Zapatistas für ihr unermüdliches Engagement aus: „Wir unterstützen Euch, weil Euer Kampf gerecht und wahrhaftig ist. Euer Kampf sollte der Kampf der gesamten Menschheit sein. Nur durch soziale Bewegung können wir von unten uns verteidigen und befreien. Wir benötigen Organisierung, Arbeit, Kampf, Rebellion und Widerstand." Unter anhaltendem Applaus Tausender Anwesender umarmten 46 Zapatistas symbolisch die Angehörigen.

## Das Festival

Die Jubiläumsfeier war Teil des „Weltweiten Festivals der Rebellionen und Widerstände gegen den Kapitalismus - Wo die von oben zerstören, bauen wir von unten auf". Das Großtreffen wurde vom CNI und der EZLN organisiert und fand vom 21. Dezember bis zum 3. Januar in fünf unterschiedlichen Bundesstaaten in Zentral- und Südmexiko statt, um die Partizipation möglichst vieler sozialer Aktivist_innen zu ermöglichen. Mitgetragen wurde die Mobilisierung entscheidend durch die „Sexta Nacional e Internacional", ein horizontales Netzwerk engagierter Gruppen, die den Aufruf der EZLN - die „Sechste Deklaration aus dem Lakandonischen Urwald" von 2005 - unterstützen, um auf außerparlamentarische Weise basisdemokratische linksgerichtete Alternativen in Mexiko und der Welt voranzutreiben.

An den fünf Treffen des Festivals nahmen insgesamt über 10.000 Personen aus 49 Ländern aller fünf Kontinente teil, wobei die Teilnehmer_innen aus Mexiko eine deutliche Mehrheit bildeten. Viele Aktivist_innen aus südeuropäischen Ländern - die bei früheren Treffen der EZLN zu Hunderten bis Tausenden anwesend waren - konnten wegen der Krisen vor Ort dieses Mal nicht anreisen.

Aufgrund der hoch repressiven Situation in der Quasi-Diktatur Mexiko konzentrierten sich viele Beiträge und Diskussionen auf das Land selbst. Willkürliche Festnahmen sozialer Aktivist_innen, ausbeuterische Großprojekte wie Tagebau, agrarindustrielle Monokulturen, Tourismusvorhaben, Großstaudämme, kostenpflichtige Autobahnen, die nicht einmal Ausfahrten zu den Gemeinden entlang ihres Verlaufes haben, die ausgrenzende Berichterstattung der Medien, der Rassismus gegenüber den indigenen Bevölkerungsgruppen sowie die fatale Rolle transnationaler Unternehmen wurden immer wieder angeprangert. Angehörige von feministischen Kollektiven wiesen darauf hin, dass bei den Diskussionen zu wenig auf patriarchale Unterdrückung eingegangen wurde, was schließlich viel Zustimmung fand.

## Stärkung der Bewegungen

Salvador Campanur, langjähriger Aktivist des CNI stellte klar: „Der Schuldige





für alle Probleme, die wir in Mexiko erleiden, ist das kapitalistische System. Wir haben unseren Austausch bewusst an unterschiedlichen Orten durchgeführt, wo es Kämpfe zur Verteidigung unserer Ländereien gibt, um uns von den Attacken des organisierten Verbrechens und des Kapitalismus zu befreien. Unser Ziel ist, gemeinsam voranzugehen und uns bei unseren Kämpfen gegenseitig zu unterstützen. Es sind neue Gruppen zum CNI dazugestoßen, ebenso zur Sexta. Wir haben zum Beispiel in unserer Stadt Cherán im Bundesstaat Michoacán gezeigt, dass Widerstand gegen das organisierte Verbrechen, die schlechte Regierung, die politischen Parteien und den Kapitalismus möglich ist. Wir kontrollieren unser Territorium nun selbständig. Uns ist wichtig, dass gesehen wird, dass dies möglich ist!“



Das Treffen fungierte wie viele vorherige Zusammenkünfte der Zapatistas auch als transnationale Vernetzungsmöglichkeit. So berichtete eine Aktivistin aus Griechenland, die zapatistischen Kaffee in Athen vertreibt, wie viel Kraft ihr die Rebellion in Chiapas für ihren Widerstand in Griechenland gäbe; in einem Land, welches ob der sozio-ökonomischen Krise unter Verzweiflung und einer sprunghaft gestiegenen Selbstmordrate leide - unter anderem wegen der fatalen Rolle der deutschen Regierung im Kontext brutaler neoliberaler Umstrukturierungen.

Am letzten Tag des Festivals wurde viel mit dem Konzept des offenen Mikrofons gearbeitet. Hier konnten sich alle Anwesenden zu Wort melden und ihre Vorschläge vorstellen. Diese waren trotz des gemeinsamen außerparlamentarisch-linken Grundkonsenses keineswegs homogen, sondern variierten zwischen Forderungen nach der Durchführung von Generalstreiks, nach strafferer Organisierung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene und einer stärkeren Konzentration auf Alltagsprozesse im eigenen Umfeld. Wie immer bei zapatistischen Treffen gab es weit mehr Fragen als Antworten.

Der grundsätzliche Aufruf von Subcomandante Moisés seitens der EZLN nach einer Stärkung der heterogenen Organisierungsprozesse traf auf viel Zustimmung: „Es gibt nicht nur einen einzigen Weg. Die Zeiten und Orte und die Farben, die von unten und links erleuchten, mögen unterschiedlich sein. Aber ihr Ziel ist das gleiche: Die Freiheit, DIE FREIHEIT!“

## Repression gegen die pro-zapatistische Opposition

Nur wenige Tage nach Ende des Treffens wurden unterschiedliche Teilnehmer_innen des Festivals mit Repression überzogen. Zunächst wurde am 4. Januar der Bus der Delegierten des CNI aus Zentral- und Nordmexiko auf dem Weg nach Guanajuato von Unbekannten mit Steinen attackiert. Die Abgesandten waren sich sicher, dass es sich dabei um staatliche Sicherheitskräfte handelte: „Diese feige Aggression der schlechten Regierung zeigt uns ihre Angst vor uns, den Menschen von links unten, die in ihren Gemeinden und Städten kämpfen und die zum Festival zusammengekommen sind, um sich über ihre Widerstände und ihren Schmerz auszutauschen“, so die CNI-Delegierten in einer Pressemitteilung.

Wenige Tage später wurde in Mexiko-Stadt das Kulturzentrum Chanti Ollin brutal geräumt, konnte jedoch wieder besetzt werden. Zudem wurden wenige Tage nach dem Festival Anhänger_innen der Sexta aus Bachajón, Chiapas, von über 900 Polizisten angegriffen. Sie hatten sich einen Teil ihrer Gemeindeländereien, von denen sie 2011 durch Regierungskräfte vertrieben wurden, am 21. Dezember 2014 wieder angeeignet und eine mehrtägige Straßenblockade errichtet.
Die Regierung will in dieser Region der berühmten Wasserfälle von Agua Azul den Tourismus ausweiten, stößt dabei aber auf anhaltenden Widerstand der lokalen Bevölkerung, die sich gegen die Tourismuspläne und die geplante Autobahn wehrt, um im Sinne von Autonomie und Ernährungssouveränität ihre kleinbäuerliche Lebensweise fortzuführen. Die Lage ist extrem angespannt.

Die Botschaft des Staates in allen Repressionsfällen ist klar: die pro-zapatistische linke Opposition soll sich bewusst sein, dass die Sicherheitskräfte vollends über ihre Aktivitäten informiert sind, dass sie jederzeit zuschlagen können und dass die mexikanischen Eliten nicht bereit sind, eine Ausweitung der Bewegung zu dulden.

## EZLN: „Nur durch Rebellion wird eine neue Welt entstehen“

Die Abschlusserklärung des Festivals von CNI, EZLN und La Sexta endet kämpferisch: „Liebe Brüder und Schwestern dieser schmerzenden Welt, die aber durch die Rebellion, die uns nährt, fröhlich wird: Wir laden euch ein, weiterzuschreiten, mit kleinem aber festen Schritt. Wir laden euch ein, dass wir als Sexta, die wir sind, uns weiterhin treffen, uns austauschen, aufbauen und lernen, eine Organisation von unten und links zu weben. Nur durch unsere Rebellion und unseren Widerstand wird der Tod des Kapitalismus geboren werden und es wird eine neue Welt für alle entstehen.“

**Luz Kerkeling / Gruppe B.A.S.T.A, Chiapas, Januar 2015**



Schwere Kaffee-Krise in Chiapas

# Wir sind nicht nur Kaffee-Produzenten, wir sind Zapatistas!

**Eine Pflanzenkrankheit befällt die Kaffeesträucher im Süden Mexikos. Hohe Ernteausfälle gefährden die Existenz der kleinbäuerlichen Produzent_innen. Zapatistas organisieren ökologische Alternativen.**

Im Januar 2015 besuchten wir die zapatistischen Kaffee-Kooperativen in den Zonen von Oventik, Morelia und Roberto Barrios. Wir besuchten mehrere Kaffeepflanzungen und führten intensive Gespräche mit den Kooperativen und den zapatistischen Räten der Guten Regierung. Leider haben wir keine guten Nachrichten mitgebracht: In Chiapas haben sich die Kaffeekrankheit La Roya (auch als Kaffeerost bekannt) und weitere Pflanzenkrankheiten sehr stark ausgebreitet. Die zapatistischen Kaffeekooperativen haben - je nach Region - Ernteeinbußen zwischen 50 und 100 Prozent. In den meisten Regionen liegen die Ernteausfälle bei 80 Prozent.

Der Pilz La Roya, der vor einigen Jahren bereits in Mittelamerika große Teile der Kaffeeernten zerstört hat, führt dazu, dass die Kaffeepflanzen ihre Blätter verlieren und die Kaffeekirschen vor der Reife abfallen. Sind die Pflanzen stark befallen, können sie eingehen - ein Teil der Pflanzen ist bereits gestorben. Der Pilzbefall ist schwer zu bekämpfen; viel Zeit und Geld ist nötig, um die Pflanzen zu pflegen und von der Krankheit zu befreien.

Wichtig ist nun eine verstärkte Pflege der Kaffeefelder in Form von guter Düngung der Pflanzen, vermehrtem Anbau von Schattenbäumen sowie der Behandlung der Pflanzen mit Mikroorganismen, die den Roya-Pilz bekämpfen und Pflanzen und Boden stärken. Zudem braucht es den Aufbau von Baumschulen, um die abgestorbenen Pflanzen zu ersetzen. Dies impliziert eine schwierige Übergangsphase für die kaffeeproduzierenden Familien, denn erst nach 4 bis 5 Jahren tragen die Kaffeesträuche eine relevante Menge an Früchten.

Für die Zapatistas ist dies eine fatale Situation: Denn auch wenn die rebellischen Gemeinden vor allem Nahrungsmittel zur Selbstversorgung anbauen, sind die Kaffee-Kooperativen doch ein relevanter Faktor im Widerstand. Für viele sind die Einnahmen aus dem Kaffeeverkauf die einzigen Einkommen. Compañer@s werden nun gezwungen sein, außerhalb ihrer Gemeinde arbeiten zu gehen, um Geld für notwendige Anschaffungen zu verdienen. Neben dieser schwierigen Lage hat zudem eine Dürreperiode eine sehr geringe Maisernte verursacht. Eigentlich könnten sie die Einnahmen aus dem Kaffeeverkauf gerade jetzt gut gebrauchen, um Mais zuzukaufen. Viele Menschen sind somit gleich doppelt betroffen.



*Zapatistischer Kaffeebauer zeigt einen abgestorbenen Kaffeestrauch in der Gemeinde Olga Isabel, Chiapas* *Foto: Aroma Zapatista Januar 2015*

Trotz der widrigen Umstände sind die Anhänger_innen der EZLN kämpferisch gestimmt, wie ein Sprecher der Kooperative Yochin aus der Zone von Morelia im Interview vom 17. Januar 2015 unterstreicht: „In einigen Regionen gibt es überhaupt keinen Ernteertrag. Einige Compas müssen daher anderweitig Arbeit suchen. Doch auch wenn das ein schwerer Schlag ist, werden wir weiterkämpfen. Wir sind nicht nur einfach Kaffee-Produzenten, wir sind Zapatistas! Und wir werden uns weiterhin autonom organisieren."

## Spendenkampagne

Wir rufen daher in Absprache mit den zuständigen zapatistischen Gremien zu einer Spendenkampagne für die zapatistischen Compañer@s auf, um sie bei ihrem fortlaufenden Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen – darunter fallen auch die Kaffee-Kooperativen - in dieser schwierigen Phase zu unterstützen. Die Spenden sollen für die oben genannten notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung bzw. Neuanlegung der Kaffeepflanzungen, sowie für die Unterstützung der durch die Dürre betroffenen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Über 4.000 Euro konnten wir bereits im Januar an die Räte der guten Regierung übergeben, aber es besteht noch ein enormer Bedarf, um diese schwierige Situation unter Kontrolle zu bekommen.

Falls ihr Interesse an mehr Informationen habt, meldet euch gerne bei uns: kaffeekollektiv@aroma-zapatista.de
Wir freuen uns, wenn Ihr die Spendenkampagne verbreitet und schicken Euch gerne Flyer zum Verteilen zu!
Vielen Dank für Eure Unterstützung!
**Kaffeekollektiv Aroma Zapatista & Gruppe B.A.S.T.A. Münster** * www.aroma-zapatista.de

Spendenkonto 1:
Kaffeekollektiv Aroma Zapatista eG
GLS-Bank
IBAN: DE54 4306 0967 2039 2873 00
BIC: GENODEM1GLS
Stichwort: Spende Kaffeekrise

Spendenkonto 2 (wenn ihr eine Spendenbescheinigung braucht)
Partner Südmexikos e.V.
Volksbank Böblingen
IBAN: DE30 6039 0000 0459 3900 07
BIC: GENODES1BBV
Stichwort: Spende Kaffeekrise

# Auseinandersetzung um Tourismusprojekt in Chiapas

## Wiederbesetzung von kommunalem Land in San Sebastián Bachajón

**Seit bereits mehr als einem Monat erfahren die widerständigen Bewohner_innen der Gemeinde San Sebastian Bachajón in Chiapas/Mexiko erneut massive Repression durch die Regierung und regierungstreue Nachbargemeinden.**



*„Du fährst über zurückerobertes Land. Die Bevölkerung von Bachajon gegen die Ausplünderung“*

San Sebastián Bachajón liegt in einer Region mit großer Biodiversität und einer Vielzahl von natürlichen Ressourcen, am Zugang der bekannten Wasserfälle von Agua Azul. Seit Jahren kämpfen die Bewohner_innen gegen das Vorhaben der mexikanischen Regierung die Region für Luxus-Tourismus zu erschließen und die ansässige Bevölkerung zu vertreiben. Im Zusammenhang mit diesem Landkonflikt wurden bereits zwei Aktivisten ermordet und zahlreiche Menschen verhaftet.

2011 besetzte die Regierung illegal Land der Gemeinde, um den Zugang zu den Wasserfällen von Agua Azul zu kontrollieren und touristisch zu vermarkten.

Am 21.Dezember 2014 gewannen 400 Bewohner_innen mit einer friedlichen Besetzung ihr kommunales Land zurück. Sie gehören zu dem Teil der Gemeinde, der sich im Netzwerk „La Sexta“ organisiert, dem Organisationen und Gemeinden angehören, die den Zapatistas nahe stehen. Die indigenen Aktivist_innen fordern den Abzug staatlicher Behörden und Sicherheitskräfte von ihrem Land sowie die Verwaltung der Einnahmen aus dem Tourismus durch die Bewohner_innen selbst. Zudem sprechen sie sich gegen den Bau der Autobahn von San Cristobal nach Palenque aus und fordern die Freilassung ihrer politischen Gefangenen.

In den Tagen nach der Besetzung kam es zu Drohungen und Aggressionen durch Sicherheitskräfte, Regierungsvertreter und paramilitärisch organisierte Gruppierungen. Am 9. Januar 2015 wurde das wiedergewonnene Land schließlich durch 900 Polizisten angegriffen und geräumt. Als Reaktion vertrieben die widerständigen Menschen aus Bachajón am 11. Januar die Polizeieinheiten an einer wichtigen Landstraßenkreuzung in der Region und errichteten eine Straßenblockade. Diese wurde zwar mehrfach von der Polizei mit Schusswaffen angegriffen und mehrere Personen wurden verletzt, bis heute (Anm. d. Red. 1.2.2015) konnte die Blockade aber gehalten werden. Außerdem gaben die Anhänger_innen von „La Sexta“ aus Bachajón vor einigen Tagen die Errichtung und Eröffnung eines neuen regionalen Zentrums des Ejidos in der Nähe der besetzten Kreuzung bekannt. Ihre entsprechende Erklärung zur Eröffnungsfeier am 29.1. war mit dem Motto überschrieben „Während die von oben zerstören, bauen wir von unten wieder auf!“. Die Polizeipräsenz in der Region ist sehr hoch und die Situation bleibt weiterhin sehr angespannt.

Mehr Informationen auch auf deutsch: vivabachajon.wordpress.com

# Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas und internationale Begleitung in Guatemala

In Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas bereitet CAREA Leute auf die Arbeit als MenschenrechtsbeobachterInnen in Chiapas vor. Menschenrechtsbeobachtung setzt darauf, durch internationale Präsenz in indigenen Gemeinden Gewalttaten und Übergriffe zu verhindern.

Das nächste Vorbereitungsseminar findet vom 28.-31.5.2015 bei Kassel statt.

Als Mitglied des internationalen Zusammenschlusses ACOGUATE übernimmt CAREA e.V. in Deutschland die Vorbereitung von Freiwilligen für die Arbeit im internationalen Begleitprojekt in Guatemala. Dort werden Überlebende der während des Bürgerkrieges begangenen Massaker, die in Prozessen gegen hochrangige Militärs aussagen sowie MenschenrechtsverteidigerInnen, die aufgrund ihrer Arbeit bedroht sind, begleitet.

Kontakt und weitere Informationen unter:

www.carea-menschenrechte.de

tel/fax: 030/42805666

info@carea-menschenrechte.de



## Wer fehlt:

Alejandro Gustavo Salgado Delgado von der linken Organisation Frente Popular Revolucionario (FPR) ist Anfang Februar auf grausame Weise ermordert worden. Er wurde in der Ortschaft Ayala im Bundesstaat Morelos nach einer Versammlung mit Landarbeitern verschleppt. Gustavo Salgado war in der Organisierung von Kleinbäuer_innen und auch in den aktuellen Mobilisierungen rund um Ayotzinapa aktiv. Er unterstützte vor allem den Kampf der indigenen Bevölkerung für ihre Rechte.

Die Organisation Frente Popular Revolucionario (FPR) macht die staatlichen Sicherheitskräfte für den Mord verantwortlich. Nach Erklärungen des FPR sind die Verbrechen Teil der Politik und des Terrors, die versuchen, die Bewegung der Bevölkerung im Allgemeinen und im Besonderen die Organisation einzuschüchtern.

# Karawane für ein gutes Leben der Menschen im Widerstand

## Eine Rundreise durch Mittelamerika will Gemeinden im Widerstand vernetzen und stärken

**Ein Interview mit zwei Aktivist_innen der „Kollektive in Aktion" über ein internationales Solidarprojekt der besonderen Art**

*Ihr plant in diesem Jahr eine Rundreise durch Zentralamerika. Was sind die „Kollektive in Aktion", und was ist das Ziel dieser Karawane?*

Die „Kollektive in Aktion" sind eine Familie diverser libertärer Kollektive aus Mexiko, Amerika, Europa und anderen Teilen der Welt. Wir wollen freie Kommunikationsmedien von unten und links nutzen und voranbringen, ebenso wie die Aneignung technischen Know-Hows, das alltagspraktisch, niederschwellig, umweltverträglich und sozial ist.

Die Karawane will die Menschen in ihrem Kampf für Land und Freiheit unterstützen. Die organisierten Gemeinden verteidigen tagtäglich die Umwelt gegen die Zerstörung durch Megaprojekte wie Bergbau, Staudämme, Monokulturen oder Windkraftparks sowie die dahinter stehenden transnationalen Konzerne und die entsprechenden lokalen Profiteure. Im Namen von „Fortschritt" und „Entwicklung" werden die Lebensgrundlagen der örtlichen Bevölkerung attackiert.

Wir wollen einerseits die Repression, die Menschenrechtsverletzungen, die Bedrohungen und Vertreibungen dokumentieren, mit denen sie von Seiten staatlicher und ökonomischer Akteure konfrontiert sind. Andererseits möchten wir auch ihre Strategien des Widerstandes und die Alternativen, die sie aufbauen, bekannt machen.

Durch den Erfahrungsaustausch mit anderen Aktiven, durch das Teilen von Wissen und durch Öffentlichkeitsarbeit wollen wir den Widerstand und die Autonomie der indigenen Bevölkerungen und Bäuer_innen Mesoamerikas stärken und eine Vernetzung fördern. Wichtig ist uns dabei ein respektvoller und solidarischer Austausch auf Augenhöhe.

Um das zu realisieren, schlagen wir vor, freies und gemeinschaftliches Radio und Fernsehen zu produzieren und uns diese Medien sowie deren Handhabung für die Verteidigung von Leben, Land und der Freiheit anzueignen.

Außerdem wollen wir Workshops und Projekte für konkrete Erleichterungen des Alltags durchführen wie fahrradangetriebene Maschinen, Trocken- und Komposttoiletten oder sparsame Holzhöfen, die in den Gemeinden bleiben, um dort genutzt zu werden. Und schließlich wollen wir nach und nach mithilfe der Methode der „kritischen Kartografie" gemeinsam mit den Menschen aus den Gemeinden eine Karte erarbeiten, die die Widerstände, das „buen vivir" und die Autonomie in diversen Aspekten des Lebens widerspiegelt.

*Welche Analysen und Praktiken stecken hinter dem Konzept des „buen vivir", wörtlich dem „Guten Leben"?*

Wir sehen, dass die neoliberale Politik neben der Umwelt auch die Gemeinschaft zerstört und die Würde und die Autonomie der Gemeinden angreift. Zudem werden in vielen Regionen nicht einmal die Grundrechte wie Bildung, Gesundheit und freie Meinungsäußerung erfüllt. Unterernährung, fehlende medizinische Versorgung oder mangelnder Zugang zu sauberem Wasser sind nur einige der Probleme, denen die Menschen ausgesetzt sind.

Deshalb wollen wir während der Karawane Wissen und Fähigkeiten teilen, die ein solidarisch-ökologisches Miteinander, ein gutes Leben fördern. Beim Konzept des „buen vivir", das in vielen Dörfern bereits praktiziert wird, geht es um eine klare Orientierung am Allgemeinwohl und der Bewahrung der Natur, um die gegenseitige Unterstützung, die Stärkung der kommunitären Autonomie, die Verteidigung der Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Recht auf echte demokratische Partizipation bei allen Angelegenheiten, die die Bevölkerung vor Ort betreffen.

*Ihr habt als „Kollektive in Aktion" am „1. weltweiten Festival der Widerstände und Rebellionen gegen den Kapitalismus" teilgenommen, das von den Zapatistas und dem Nationalen Indigenen Kongress organisiert wurde - welche Erfahrungen haben Sie gemacht?*

Unser Einstieg beim Festival begann am 22. und 23. Dezember 2014 in der Gemeinde von Amilzingo, Morelos. Amilzingo ist eine Gemeinde im Widerstand gegen die Gasfernleitung Morelos, von der die Gemeinden Puebla, Morelos und Tlaxcala betroffen sind. Hierher kamen auch die Eltern und Freunde der 42 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa, Guerrero, Vertreter_innen der 29 „Spiegel" der Urvölker Mexikos sowie hunderte Einzelpersonen und Kollektive, die Unterzeichner _innen der Sechsten Deklaration der Selva Lacandona sind. Auf Anfrage der Gemeinde nach logistischer Unterstützung haben wir gemeinsam mit anderen Aktivist_innen 6 Trockentoiletten, 12 Komposttoiletten und 20 Duschen für die etwa 1000 Teilnehmer_innen errichtet.

In Amilzingo und an der „Universität der Erde" (Cideci), San Cristobal de las Casas, Chiapas, haben wir die „Karawane Mesoamerika für ein Gutes Leben der Menschen im Widerstand" öffentlich vorgestellt. Unser Wort wurde mit Aufmerksamkeit und Interesse von den Anwesenden gehört und aufgenommen.

Die während des Festivals gewonnene kollektive Erfahrung lässt uns die Spiegel des kapitalistischen Raubes und den würdigen Widerstand sehen, die in den Menschen Mexikos und der Welt reflektiert werden. Wir sehen die Ermordeten, die Gefangenen und Verschwundenen, an die erinnert wurde. Sie sind Zielscheiben des gleichen Vernichtungskrieges, verübt von denen von oben, die ver-



*Erste Erfahrungen mit einem Fahrradangetriebenen Mixer*

suchen ihre Macht und ihre Gewinne mithilfe der Straflosigkeit zu erweitern. Und wir sehen unsere diversen Kämpfe zur Verteidigung von Leben, Land und Freiheit sowie die verschiedenen autonomen Alternativen, die wir kultivieren, reflektiert in der Möglichkeit einer gerechten Welt, in die viele Welten passen.

Während der Karawane streben wir an, die Erkenntnisse aus den Stimmen der Menschen im Widerstand sowie die Möglichkeiten der organisierten gemeinsamen Aktion, die in dem 600 Seiten langen Bericht vom Festival widergespiegelt werden, weiterzustreuen.

*Anfang Januar fand das 3. Vorbereitungstreffen der Karawane statt, wie sehen die nächsten Schritte aus?*

Nach unserem Treffen als „Kollektive in Aktion" haben wir den Zeitplan und die nächsten Schritte der Karawane konkretisiert. Von den Spenden aus der erfolgreichen Crowdfundingkampagne haben wir einen Teil der benötigten Mittel für die Karawane erworben und z. B. eine Foto- und Videokamera gekauft. In den nächsten Monaten fokussieren wir uns darauf, weitere Gelder und fehlende Materialien zu sammeln, die es uns ermöglichen, die Route und die Workshops umzusetzen.

Dabei freuen wir uns über jede Unterstützung bei der Verbreitung unseres Projektes und unserer Kampagnen!



*Workshop zu freien Radios - Medien selbstbestimmt gestalten*

Im Januar und Februar werden wir daran arbeiten, den Bus in ein mobiles Laboratorium für ein Buen Vivir umzugestalten - bereit für die Workshops zu freiem Radio und Fernsehen und bepackt mit allen nötigen Werkzeugen für o. g. Workshops und Projekte.

Wir haben mehr Karawanist_innen in unser Team aufgenommen und wollen nun im weiteren Kontakt mit den Gemeinden die geplanten kollektiven Arbeiten konkretisieren.

Wir hoffen, die Tour der Karawane im April in den mexikanischen Staaten Morelos, Guerrero, Oaxaca und Chiapas starten zu können. Unser Ziel ist es, im Mai nach Guatemala zu reisen und im Oktober Panama zu erreichen.

**Interview: Momo**

Mehr Informationen unter:
https://caravanaparaelbuenvivir.wordpress.com
Unterstützungsmöglichkeiten unter:
http://transgalaxia.org

# Think global, act local!

## Termine, Termine




### Bundesweite Solidaritätsaktionen zu Ayotzinapa geplant

Am 26.3. ist das Massaker von Iguala bzw. die Verschleppung der Studierenden von Ayotzinapa/Mexiko sechs Monate her. Aus diesem Anlass planen die Lateinamerikagruppe Düsseldorf sowie andere Gruppen des neuen Mexiko-Soli-Netzwerkes einen bundesweiten Aktionstag. Es soll darum gehen, vor allem auch die Kooperation zwischen der BRD und Mexiko bezüglich der Gewalt und der Repression zu thematisieren. Die Idee ist, dass an möglichst vielen Orten Aktionen, Veranstaltungen oder Demonstrationen stattfinden und sowohl in der BRD als auch in Mexiko eine gemeinsame Erklärung mit Fotos und Berichten veröffentlicht wird. Wenn ihr Lust und Zeit habt, in euren Städten etwas zu organisieren, könnt ihr Kontakt aufnehmen mit ALERTA:
www.alertaduesseldorf.blogsport.de

### Blockupy
### EZB- Einweihungsfeier: blockieren!

18. März 2015 in Frankfurt am Main
Aktionstag gegen die Eröffnungsfeier der Europäischen Zentralbank

### anarcha-feminist meeting in der Ukraine

17. bis 23. April
internationales Treffen anarcha-femistischer Gruppen als Erfahrungs- und Ideenaustausch zur Solidarität und gegenseitigen Unterstützung.
Kontakt: gnmp2015(at)riseup.net

### Buko – Kongress

14. bis 17. Mai in Münster
Spannender Austausch und Input zu emanzipatorischer Politik, radikaler Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse und internationalistischen Bewegungen
http://www.buko.info

### G7 – sich der Politik der G7 in den Weg stellen

4. bis 8. Juni 2015 in Elmau/Oberbayern
Beteiligt euch, kommt zahlreich, macht mit! - Großdemonstration, Alternativgipfel und Aktionen vor Ort

http://www.stop-g7-elmau.info/

# Panama stoppt Bau des Staudamms Barro Blanco

## Umweltprüfung des Baus ist gescheitert




Am 9.2.2015 hat die panamaische Umweltbehörde ANAM die Bauarbeiten für den Staudamm Barro Blanco im Westen des Landes gestoppt. Die Begründung: Der Damm verstoße gegen nationales Recht aufgrund von Mängeln bei der Umweltprüfung. Es fehle zudem ein archäologischer Schutzplan – der Stausee würde neben einer Siedlung auch kulturell wichtige Stätten der Ngäbe-Indigenen überfluten. Die massiv betroffenen Ngäbe haben dem Projekt nie zugestimmt.

Barro Blanco wird auch von der deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) unterstützt, eine Tochter der staatseigenen Bank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) - obwohl eigene Standards dabei klar missachtet wurden. Kathrin Petz, Aktivistin bei urgewald: „Die von ANAM aufgeführten Probleme sind für die DEG nicht neu. Seit Jahren warnen NGO's vor den sozialen und ökologischen Problemen, die Barro Blanco verursacht, dennoch hat die DEG an der Finanzierung festgehalten. Die DEG muss sich dafür einsetzen, dass die Arbeiten nicht wieder aufgenommen werden, bevor alle Mängel behoben sind und es eine Einigung mit den Betroffenen vor Ort gibt."

Das Beispiel Barro Blanco erinnert an Missstände anderer Staudammprojekte mit KfW-Beteiligung: etwa Pando Monte-Lirio, ebenfalls in Panama, oder Alto Maipo in Chile (beide im Bau). Auch in der nun betroffenen Region in Panama mussten bereits Dutzende Ngäbe-Siedlungen Staudammprojekten weichen.

Seit 2011 laufen die Bauarbeiten. Die Gesamtkosten belaufen sich auf gut 78 Millionen US-Dollar. Die DEG stellte einen Kredit über 25 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Das Wasserkraftwerk selbst liegt außerhalb des indigenen Gebiets. Allerdings würde der durch den Damm entstehende Stausee den Lauf des Flusses Rio Tabasara verändern, an dessen Ufer die Ngäbe leben. Der Stausee würde sieben Hektar der Ngäbe-Gemeinschaft überfluten, darunter eine Schule, eine spirituelle Stätte sowie landwirtschaftliche Felder – ohne die die in Subsistenzwirtschaft lebenden Ngäbe sich nicht ernähren können.

Die Ngäbe kritisieren vor allem, dass sie nicht ausreichend informiert wurden, geschweige denn dem Bau zugestimmt haben, wie es sowohl panamaisches Recht, internationales Recht als auch die Performance Standards des Weltbank-Arms IFC verlangen – das so genannte Recht auf Free Prior and Informed Consent (FPIC). Damit verstößt die Finanzierung auch gegen die Umwelt- und Sozialstandards der deutschen DEG, die sich an den IFC-Standards orientiert. Bei Protesten gegen Barro Blanco und andere Projekte kam es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Indigenen, mit vielen Verletzten und mehreren Toten. Diverse Vermittlungsversuche blieben erfolglos, bis heute gibt es keine Einigung. Der Barro-Blanco-Staudamm wurde dennoch nahezu fertiggestellt. Die Ngäbe verlangen, die Finanzierung über DEG und deren niederländisches Pendant FMO müsse unverzüglich gestoppt werden, bis der Staudamm internationalem Recht genüge. Im Mai 2014 haben die Betroffenen über den neuen gemeinsamen Beschwerdemechanismus der DEG und FMO Beschwerde gegen Barro Blanco eingereicht. Der Bericht wird im Frühjahr 2015 erwartet.

**urgewald.org**

# Austerität, Freihandel und globale Eingriffe ins Streikrecht

## Drei Aspekte derselben neoliberalen Politik

Am 11. Dezember hat Arbeitsministerin Andrea Nahles das Gesetz für eine Regelung der Tarifeinheit vorgelegt. Nur die größte Gewerkschaft in einem Betrieb soll danach Tarifverträge aushandeln dürfen. Da das Streikrecht in Deutschland Streiks nur im Rahmen von Tarifverhandlungen vorsieht, bedeutet dies, dass kleinere Gewerkschaften keine Tarife mehr aushandeln können und damit auch nicht streiken dürften.

Die offizielle Argumentation für dieses Gesetz nennt Streiks von Berufs- oder Spartengewerkschaften, die der Volkswirtschaft schaden würden. Tatsächlich ist das Unsinn. Es sind nur sechs Berufsverbände, die eine eigenständige Tarifpolitik anstreben. Lediglich drei – der Marburger Bund, die Vereinigung Cockpit und die GDL – haben durch Streiks bessere Tarifverträge abschließen können. Diese Berufsverbände sind schon seit Anfang der 2000er Jahre aktiv und es ist nicht absehbar, dass sich mehr streikmächtige Berufsverbände bilden.

Der wirkliche Grund für eine Einschränkung des Streikrechts liegt woanders:
„Fast alle großen Fluglinien wie die Lufthansa und British Airways sind dabei, billige Fluglinien mit geringeren Löhnen einzuführen. Im Bahnverkehr sind in vielen Ländern scheibchenweise ablaufende Privatisierungen und seit vielen Jahren Lohnkürzungen im Gange. Damit diese Veränderungen nicht zu Blockaden dieser Transportmittel durch streikende Beschäftigte führen, will die Bundesregierung ein neues Gesetz erlassen: Das Gesetz zur Tarifeinheit dient damit unmittelbar der politischen und repressiven Absicherung von Lohndumping in den Verkehrsbetrieben [...]“ erläutert Jörg Nowak (express 12/2014).

Ein Gesetz, das das Streikrecht einschränken wird, sorgt für weniger Unruhe, sobald die Privatisierungen und Lohnkürzungen in Kraft treten, die Freihandelsverträge wie TTIP, TISA und CETA vorsehen. Die Gefahr dieser Freihandelsverträge besteht nicht so sehr darin, dass durch ihre Ratifizierung plötzlich alles anders wäre, sondern dass mit Berufung auf diese Verträge peu à peu Privatisierungen und Deregulierungen durchgesetzt werden. Dann käme es auf effektiven Widerstand in den konkreten Fällen an – und um genau diese zu kriminalisieren, werden jetzt die Voraussetzungen geschaffen. Die geplanten Einschränkungen des Streikrechts beschränken sich entsprechend nicht auf die gesetzliche Tarifeinheit, sondern es mehren sich Vorschläge für Zwangsschlichtungen und Einschränkungen des Streikrechts in der Daseinsfürsorge.

### Troika-Strategie

Wem das nicht bekannt vorkommt, sollte sich die Anforderungen der Troika bzgl. der Tarifautonomie in den Staaten Südeuropas anschauen: In Spanien bedeutet das Real Decreto-Ley 3/2012 vom 10.02.2012 die bis dato schärfste Einschränkung der Tarifautonomie: Der Kündigungsschutz wurde reduziert, kollektive Entlassungen müssen weder staatlich genehmigt noch mit Betriebskomitees oder Gewerkschaften verhandelt werden, die Unternehmen können aus Tarifbindungen ausscheren, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen anordnen und schlussendlich entfällt die Nachwirkung von ausgelaufenen Tarifverträgen nach einem Jahr. Holm-Detlef Köhler und José Pablo Calleja Jiménez zeigen auf, dass diese Reform bislang weder die Beschäftigung gefördert noch die Flexibilität im Arbeitsalltag beeinflusst hat:

„Das implizite Ziel einer Machtverschiebung zugunsten des Unternehmerlagers wurde dagegen erreicht, denn die Gewerkschaften sehen sich einer Unternehmeroffensive in den Tarifverhandlungen, einer einseitigen Aufkündigung des sozialen Dialogs und billigen Massenentlassungen ohne Gegenwehr gegenüber.“ (WSI-Mitteilungen 5/2013)

Zur Zerschlagung des griechischen Tarifsystems gehörte eine 20-prozentige Reduzierung des Mindestlohns, die auch von der ILO (International Labour Organisation) „als offener Verstoß gegen die Tarifautonomie“ gewertet wurde, so Thorsten Schulten in der Gegenblende (Mai/Juni 2013). Er fasst die Troika-Strategie bezüglich der Zerschlagung gewerkschaftlichen Widerstands zusammen: Abschaffung von landesweiten Tarifbindungen, Schaffung von Abweichungsmöglichkeiten von geltenden Tarifverträgen, massive Reduzierung von Allgemeinverbindlichkeitsregelungen und Brechung gewerkschaftlicher Verhandlungsmonopole.
Die Stoßrichtung ist dieselbe wie im Tarifeinheitsgesetz und wird von der Europäischen Kommission sehr unverblümt benannt: „reduction in the wage-setting power of trade unions“ - also eine geplante Zerschlagung der Organisationsmacht der Gewerkschaften.

### Konventionen kein scharfes Schwert

Die Konventionen der ILO stehen diesen Entwicklungen entgegen. Aber mehr als ermahnen kann die ILO nicht. Trotzdem haben sie einen hohen Wert in der Setzung ethischer Standards und als Bezugspunkt für nationale Rechtsprechungen. Deswegen hat die Initiative aktion ./. arbeitsunrecht e.V. (siehe arbeitsunrecht.de) schon vor geraumer Zeit eine Unterschriftenaktion gestartet, die das Thema TTIP vor allem vor dem Hintergrund der von den USA nicht ratifizierten ILO-Konventionen betrachtet. Die USA haben einige Arbeitsrechtskonventionen, darunter die Koalitionsfreiheit (das Recht, Gewerkschaften zu gründen) und das Recht auf Tarifverhandlungen, nicht ratifiziert. Mit der Geltendmachung von TTIP besteht auch hier die Gefahr eines Angleichs nach unten.

Die Konventionen der ILO stehen aber auch in der ILO selber unter Beschuss. Schließlich reden in der ILO Unternehmen und Regierungen ebenso mit wie Gewerkschaften. Auch hier laufen die Initiativen zur Einschränkung des Streikrechts auf Hochtouren. Konkret geht es um die ILO-Konventionen 87 und 98, um die Koalitions- und Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen. Seit 2012 argumentiert die Unternehmer-Fraktion in dem ILO-Gremium Committee of Experts, dass ein Streikrecht nicht Bestandteil dieser Konventionen sei und dass das Komitee nicht mandatiert sei, die Konventionen entsprechend zu interpretieren. Bisher wurden diese Konventionen immer als Grundlage eines Rechts auf Streik interpretiert. Der Unternehmerseite geht es nun darum, zu verhindern, dass aus dieser Interpretation geltendes Recht wird. Armin Schuhmacher fasst zusammen (in express 12/2014): „Wenn es kein anerkanntes internationales Recht auf Streik und auch keinerlei funktionierende Überwachung mehr gibt, sind Sozialstandards in Handelsabkommen (und anderswo) wirkungslos. Weder Staaten noch Konzerne sind dann noch für deren Verletzung zu kritisieren oder gar rechtlich zur Verantwortung zu ziehen“.

### TTIP/TISA

Schuhmachers Hinweis ist deutlich: Die „Sozialstandards in Handelsabkommen“ verweisen natürlich auf die aktuellen TTIP- und TISA-Verhandlungen sowie auf die Ratifizierung von CETA: „Wenn das Recht auf Streik im ILO-System nicht mehr unzweifelhaft garantiert ist, können Konzerne nationale Streikrechte als profitschädigendes Handelshemmnis betrachten [...] und [...] Milliarden an Entschädigungen einklagen.“ (ebd.)

TTIP ist zu verstehen als Instrument zu einer Wiedererlangung wirtschaftlicher Vormachtstellung der USA und Deutschlands (als Leitmacht der EU) gegenüber den Staaten des globalen Südens und gegenüber den eigenen arbeitenden und armen Klassen. „Die [gesetzliche, Anm. T.B.] Tarifeinheit ist ein Puzzlestück in diesem Vorhaben.“ (ebd.)

**Torsten Bewernitz**

# Repressionswelle im spanischen Staat - Vorbild für die EU?




*Demonstration für die Freiheit der anarchistischen Gefangenen durch die Operation Pandora - Foto: !Sabadell*

Am 15. Dezember 2014 trat in Spanien das „Ley Mordaza“ oder „Knebelgesetz“ in Kraft, offiziell zum 'Schutz der öffentlichen Sicherheit'. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Katalog von Gummiparagrafen, der jedes praktische Engagement mit hohen Geldstrafen bedroht. Wo in den letzten Jahren die Empörten zentrale Plätze zurückeroberten oder spontane Kundgebungen gegen Bankenwillkür an der Tagesordnung waren, soll nun eine flexible Keule von Ordnungsgeldern für Ruhe und Angst sorgen. Fotos oder Mitschnitte von Polizeimaßnahmen kosten jetzt 600 bis 30.000 Euro, ebenso nicht vorher genehmigte Versammlungen, Besetzungen und Kundgebungen. Klettern an Gebäuden, Proteste vor amtlichen Institutionen und 'sensiblen Bereichen', selbst die Anwesenheit in besetzten Kulturzentren wird mit Strafen ab 600 Euro pro Kopf belegt. Da auf der iberischen Halbinsel Hunderte von Zwangsräumungen durch Nachbarn und FreundInnen verhindert wurden, werden nun für die Beteiligung an einer solchen friedlichen Blockade bis zu 30.000 Euro kassiert - von jeder Beteiligten. Die Kontrolle der Personalien und vollständige Durchsuchung von Passanten sind jederzeit und überall möglich. Schwarze Listen von potenziell Verdächtigen sollen zum Alltag gehören. Da alles, der neoliberalen Logik folgend, schnell und gewinnbringend über Ordnungsgelder läuft, sind keine Gerichtsprozesse vorgesehen. Bei Widerspruch müssen alle juristischen Gebühren im Vorhinein entrichtet werden.

## Die Operation Pandora

Nur Stunden später, am Morgen des 16. Dezember, führten 700Polizisten und Spezialkräfte einen 'Schlag gegen den Terrorismus' aus. So wurden Helikopter und mehr als 300 Mossos d'Esquadra, also katalanische Riotcops, aufgeboten, um das berühmte Sozialzentrum Kasa de la Muntanya zu stürmen. Zeitgleich überrannten Überfallkommandos zehn weitere Kulturzentren und Wohnprojekte im Großraum Barcelona und eine Wohnung in Madrid. Kinder und Erwachsene wurden stundenlang festgehalten, alle Computer, Handys, Notizbücher und verdächtige Druckwerke beschlagnahmt, ebenso Werkzeuge und einige Kochutensilien. Die Audienca Nacional, Spaniens oberster Terror-Gerichtshof mit weitreichenden Sondervollmachten, ließ durchblicken, es gehe um die „Grupos Anarquistas Coordinados“ (GAC). Tatsächlich fand sich eine Broschüre in allen durchsuchten Objekten: „Contra la democracia“, eine Analyse von Macht und Reichtum im spanischen Staat, deren Kollektiv von HerausgeberInnen diesen verdächtigen Gruppennamen verwendet hatte. Unter dem Vorwurf des Terrorismus verhaftet wurden insgesamt elf AktivistInnen, von denen vier nach 48 Stunden mit strengen Auflagen frei kamen. Die anderen sieben wurden sofort in verschiedene Hochsicherheitsknäste im Raum Madrid transportiert und dort weitere sechs Wochen in Isolationshaft gehalten. Ein Betroffener ist engagierter Gewerkschaftler der Feuerwehr, eine Person Anwältin, eine weitere Beschuldigte mit ausländischem Pass stammt aus dem Rhein-Main-Gebiet. Konkrete Anklagepunkte sind bis heute geheim, lediglich Anschläge gegen Geldautomaten im Jahre 2012/13 wurden gegenüber staatstragenden Medien ins Spiel gebracht.

Soziale Bewegungen reagierten binnen Stunden mit ersten Protesten vor Ort gegen die Repression, denn klar ist, dass alle gemeint sind. „Yo tambien soy anarquista!“, also „Auch ich bin Anarchist!“ ging um die ganze Welt. Hunderte Solidaritätsaktionen folgten, von Malmö bis San Francisco, von Buenos Aires bis Melbourne. Lediglich in Spanien schafften es Nachbarschaftsversammlungen und Komitees gegen Zwangsräumungen jedoch, nennenswerten Teilen der Öffentlichkeit die Zusammenhänge zu vermitteln. So bekennen sich beispielsweise in einem Kurzfilm zahlreiche einfache Menschen offen dazu, weiterhin mit Gaskartuschen zu kochen. Dabei galt der Fund von 17 vollen Kartuschen in einem gestürmten Haus als eines der klarsten Indizien für Terrorismus.

## Verschlüsselung ist extremistisch

Der für die "Operation Pandora“ zuständige Richter Javier Gómez Bermúdez erklärte, er untersuche weniger die einzelnen Aktionen der Gruppe, sondern vielmehr die 'Bedrohung' durch die 'Organisation' in der Zukunft. Die Verwendung von verschlüsselten Mails wird dabei als besonders belastend bewertet. So nutzen mehrere Beschuldigte Email-Konten des linken Serverkollektivs Riseup.net, wie übrigens auch die Tierra y Libertad. Riseup.net gab dazu eine Stellungnahme ab. Geheimdienste verschiedener EU-Staaten, darunter der Verfassungsschutz der BRD, hatten in den letzten Jahren deutlich gemacht, dass die Nutzung von Verschlüsselungstechniken bei Mails und Festplatten einen Verdacht auf Extremismus, ja Terrorismus nach sich ziehen kann.

Pandora richtet sich klar gegen einen kleinen Teil der Bevölkerung, der als anarchistisch etikettiert, sich schon immer als Schreckgespenst für brave BürgerInnen eignete. Aber ein „Ley Mordaza" gibt nun Vollmachten, die weit über einen deutschen Paragrafen 129 a/b hinausgehen. Es liegt jetzt an uns zu diskutieren, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, wenn Versammlungen, Kundgebungen, Info- und Bildungszentren, VoKüs und Aktionen gegen Hausräumungen vom Staat als Bedrohungen für seine Sicherheit gebrandmarkt werden.



### Statement von RiseUp zur Logik der spanischen Strafverfolger

# Sicherheit ist kein Verbrechen

Die Behörden sprechen von Terrorismus, ohne konkrete kriminelle Handlungen zu benennen oder konkrete individualisierte Tatsachen, die den einzelnen zugeschrieben werden könnten. Damit konfrontiert, reagierte Richter Bermúdez mit den Worten: „Ich untersuche nicht spezifische Handlungen, ich untersuche eine Organisation und die Bedrohung, die in Zukunft von ihr ausgehen könnte.“ Damit handelt es sich um einen weiteren Fall anscheinend präventativer Verhaftungen.

Zunächst wurden vier der Häftlinge freigelassen, sieben blieben länger in Untersuchungshaft. Die Gründe, die vom Richter für ihre fortgesetzte Haft angegeben wurden, beinhalten den Besitz bestimmter Bücher, *„die Herstellung von Publikationen und Formen der Kommunikation“*, sowie die Tatsache, dass die Angeklagten *„eMail mit extremen Sicherheitsvorkehrungen verwendeten, so wie den RISE UP Server.“*

Wir verurteilen diese kafkaeske Kriminalisierung sozialer Bewegungen und die irrsinnige und außerordentlich alarmierende Schlussfolgerung, den Schutz der eigenen Privatsphäre mit Terrorismus gleichzusetzen.

Wie jeder andere eMail-Provider hat Riseup die Pflicht, die Privatsphäre seiner Nutzer_innen zu schützen. Viele der „extremen Sicherheitsvorkehrungen“, die Riseup einsetzt, sind gängige Musterlösungen (sog. „Best Practices“), die auch von Providern wie hotmail, GMail oder Facebook eingesetzt werden. Anders als diese Provider ist Riseup allerdings nicht bereit, illegale Hintertüren zuzulassen oder die Daten ihrer Nutzer_innen an Dritte zu verkaufen.

Der Bericht des Europaparlaments über das US-amerikanische NSA-Überwachungsprogramm stellt fest, dass „das Recht auf Achtung der Privatsphäre kein Luxus ist, sondern einen Grundpfeiler der freien und demokratischen Gesellschaft darstellt.“ Die jüngsten Enthüllungen über das Ausmaß, in dem Staaten die Rechte aller Menschen auf Privatsphäre missachten, zeigen, dass alles was ausspioniert werden kann auch ausspioniert wird. Darüberhinaus wissen wir, dass die Kriminalisierung einzelner, weil sie Werkzeuge zum Schutz der Privatsphäre verwendet haben, eine Einschüchterungswirkung auf alle hat, und ganz besonders auf Menschenrechtsverteidiger_innen, Journalist_innen und Aktivist_innen. Das eigene Grundrecht auf Privatsphäre aufgeben zu müssen aus Angst, als Terrorist_in markiert zu werden, ist inakzeptabel.

Aus gegebenem Anlass ( leicht gekürzte und überarbeitete Fassung, Original von RiseUp): https://help.riseup.net/de/security-not-a-crime

# Das YaBasta-Netz empfiehlt

## Die Anderen Geschichten

**Auszüge aus zehn Geschichten des ehemaligen Subcomandante Insurgente Marcos als zweisprachiges Hör- und Lesebuch mit großformatigen Fotoeindrücken in Farbe aus den autonomen Gemeinden im Widerstand.**

Marcos, der seit dem Aufstand der EZLN am 1. Januar 1994 nicht nur als Subcomandante der Zapatistischen Befreiungsarmee, sondern auch als begabter Poet und Schriftsteller in aller Welt bekannt wurde, überträgt in seinen Schriften die Sprachen der Indígenen aus Chiapas in eine Sprache, wie sie auch in der westlichen Welt verständlich ist, ohne dass sie den Zauber ihrer Herkunft und jahrhundertealten Tradition einbüßt. Die politisch-philosophischen Botschaften der Erzählungen können dort wie hier als Anregungen für eine radikal-emanzipatorische Praxis gelesen werden.

Buch und Audio-CD entstanden als argentinisch-deutsches Gemeinschaftsprojekt, der Erlös kommt den Räten der Guten Regierung der Zapatistischen Gemeinden zugute. Zu bestellen bei unrast-verlag.de für 14,80€

## Das Recht glücklich zu sein

**Buch und Film über das „Erste Treffen der zapatistischen Frauen mit den Frauen der Welt“ in La Garrucha, Chiapas.**

Auf der Basis interner und transnationaler Diskussionen sowie zu Ehren der 2006 verstorbenen Freiheitskämpferin Comandanta Ramona luden die zapatistischen Frauen zu einem internationalen Treffen in das selbstverwaltete Aufstandsgebiet der EZLN nach Chiapas ein.

5000 Frauen und Männer aus über 30 Ländern der Welt folgten diesem Aufruf und reisten zum Jahreswechsel 2007/2008 nach La Garrucha im Lakandonischen Regenwald und nahmen am „Ersten Treffen der zapatistischen Frauen mit den Frauen der Welt“ teil. In den hier dokumentierten Redebeiträgen berichten die indigenen Frauen von ihren Biographien vor dem Aufstand vom 1. Januar 1994, von ihren Aufgaben, Problemen, Hindernissen und Erfolgen im Prozess der Partizipation der Frauen innerhalb der EZLN und beim Aufbau der zivilen Selbstverwaltung sowie von ihrem alltäglichen Kampf für die Anerkennung ihrer Rechte und Würde als Frauen, als Indigene und als Arme.

Ein Team von Zwischenzeit e.V. aus Münster nahm an dieser großen Versammlung teil. Die bewegten und bewegenden Bilder, Fotos, Audios und Texte vermitteln einen direkten und lebendigen Eindruck dieser historischen Zusammenkunft.

Die Buch-DVD-Edition ist ab sofort für 16,- Euro plus Porto erhältlich. Bestellungen an: buch[at]zwischenzeit-muenster.de




*Zellulitis: Ja - Magersucht: Nein*
*Wandgemälde in einem zapatistischen Zentrum*

Buchvorstellung

# Kleine Geschichte der Krisenrevolten – ein schwarz-roter Leitfaden

**Der Comiczeichner Findus und der Historiker Torsten Bewernitz schildern in diesem Sachcomic mit Humor und auf beeindruckend pointierte Weise die Geschichte und die Zusammenhänge von Krise und Revolte.**




Anna und Jens arbeiten im CallCenter. Vom Fenster aus ist das Occupy-Camp zu sehen – aber was hat das eigentlich mit ihren Arbeitsbedingungen zu tun? Die beiden prekär Beschäftigten begeben sich auf eine virtuelle Zeitreise durch die Geschichte der Krisen von heute bis in die frühe Neuzeit, nicht ohne dabei den einen oder anderen theoretischen Abstecher in die Kritik der ökonomischen Theorie, Zyklen- und Wellentheorien und die Ideen des Rätekommunismus zu machen.

Am Ende der Reise ist klar: Man muss etwas gegen die Zumutungen der Krisenverwaltung durch Politik und Wirtschaft machen! Aber wie? Eine zweite Zeitreise wird nötig, um auf die Spuren der Proteste und Widerstände zu kommen, von Hungerrevolten über Generalstreiks bis zu Platzbesetzungen.

„Eine wirklich gelungene Übersicht [...]. In dem kurzweilig geschriebenen Sachbuch geben sich Karl Marx, der neoliberale Theoretiker August Hayek und der revolutionäre Zapatist Subcomandante Marcos die Klinke in die Hand. Es fächert ein breites Panorama der Krisen und Proteste von der frühen Neuzeit bis heute auf - witzig, inhaltlich substanziell und vor allem großartig gezeichnet. [...] Beachtlich ist dabei, wie gut die Autoren in dem schmalen Buch auf den Punkt kommen und sich nicht in der Breite der Themen verlieren.“

**Florian Schmid, neues deutschland**

**Das Buch ist im September 2014 erschienen und kann bei unrast-verlag.de für 9,90€ bestellt werden.**

# Die einzige Chance, die wir haben

## Fünfzig Jahre Weg einer autonomen Internationalistin in Deutschland

Vor einigen Wochen übernahm ich die Aufgabe, einen Artikel darüber zu schreiben, wie ich Internationalistin wurde und weshalb ich es noch immer bin. Lange habe ich darüber nachgedacht, denn es fällt nicht leicht, über sich selbst zu schreiben. Sicher bin ich keine Ausnahme. Es gibt noch viele, die so denken wie ich.




Also los.
Ich bin 1952 geboren in Deutschland, einem Land, das 2 Weltkriege begonnen hat, die vielen Millionen Menschen das Leben gekostet haben (alleine in der damaligen Sowjetunion starben 22 Millionen Menschen). 12 Jahre lang, von 1933 bis 1945 tobte hier eine faschistische Diktatur, die nicht nur 6 Millionen europäischer Jüdinnen und Juden vernichten ließ, sondern auch fast eine ganze Generation Gewerkschafter*innen, Kommunist*innen, Sozialdemokrat*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen ermordete.

Nach dem Sieg über den deutschen Faschismus gingen die drei Westmächte daran, West-Deutschland wieder aufzubauen. Dazu konnten sie viele Ex-Nazis gut gebrauchen, die blitzschnell zu Demokrat*innen geworden waren. Das bezog sich auf Polizei, Geheimdienste, Justiz, Wirtschaft, Bildung und Politik. Die Menschen, die Widerstand gegen den Faschismus geleistet oder sich auch nur geweigert hatten, bei der faschistischen deutschen Wehrmacht zu dienen, wurden nach wie vor als Volksverräter oder Volksschädlinge gebrandmarkt.

### Aufwachsen in Nachkriegsdeutschland

In dieser Zeit wuchs ich auf. Ich hatte eine sorglose Kindheit. Sonntags traf sich die Familie, also Großeltern, Tanten, Onkel und die Kinder zum Essen und man saß bis zum Abend zusammen. Gesprächsthema war immer der 2. Weltkrieg. Alle erwachsenen Männer waren Soldaten der deutschen Wehrmacht gewesen, auch mein Vater, der 1944 als Sechzehnjähriger in den Krieg gehen musste. Ich hörte den Gesprächen zu und in mir wuchs der Abscheu vor Krieg immer mehr. Vom Nazifaschismus aber wusste ich nichts, bis ich 10 Jahre alt war. Damals erlaubte mir mein Vater, einen Teil seiner Bücher zu lesen, ohne vorher zu fragen. Das erste Buch, das ich aus dem Bücherschrank nahm, war ein Buch über den Nazifaschismus mit Fotos von den befreiten Menschen aus Konzentrationslagern.

Von da an war nichts mehr so, wie es vorher war. Ich sah Bilder von halbverhungerten, zerlumpten, elenden Kindern mit riesengroßen Augen und den Gesichtern alter Menschen.

Es war ein Schock. Vorher war ich ein wildes, lustiges, naives kleines Mädchen. Aber beim Anblick dieser Kinder zerbrach meine heile Welt. Vor allem, als ich sah, wann diese Bilder aufgenommen worden waren: 1945. Alle Erwachsenen um mich herum hatten damals gelebt. Alle, denen ich vertraut und die ich geliebt hatte, die mich liebten und liebevoll und freundlich zu mir waren.

Ich fing an zu fragen. Aber die einzigen Antworten waren: „Wir haben nichts gewusst“, und „Sprich nicht darüber“, oder „Du hast ja keine Ahnung“.

Mit anderen zusammen habe ich immer mehr herausgefunden, was sich in der Zeit zwischen 1933 und 1945 in meinem Land abgespielt hat. Und dass viele der Verantwortlichen immer noch an der Macht waren. Ich hatte begriffen, dass eine Ursache des Faschismus der Nationalismus war, eine andere war das kapitalistische System. Also bedeutete für mich „Nie wieder Faschismus“, nie wieder Nationalismus und Widerstand gegen den Kapitalismus.

In dieser Zeit hat mich ein Satz von Rosa Luxemburg stark beeinflusst: „Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.“

Hätten sich die Menschen an diesen Satz gehalten, wären weder der erste noch der zweite Weltkrieg möglich gewesen, ebenso wenig wie viele Kriege, die danach kamen. Denn dann hätten nicht deutsche gegen französische, belgische, britische usw. Soldaten gekämpft, sondern die von unten zusammen gegen die oben.

### Von Vietnam zur RAF

Der erste Krieg, gegen den ich demonstrierte, war der Vietnamkrieg. Bald lernte ich Menschen kennen, die mir erklärten, wem dieser Krieg nützte und weshalb er mit solcher Brutalität geführt wurde. Wieder waren es die Kinder, brennende Kinder, die ich im Fernsehen sah, die mich immer weiter trieben. 1975 siegte das Volk von Vietnam über die größte und bestausgerüstete Armee der Welt, die US-Armee, die auch von Westdeutschland aus operierte. Dieser Sieg zeigte mir, dass es möglich ist, auch von einer sehr unterlegenen militärischen Position aus zu siegen. Die Menschen, die ich kennenlernte – sie kamen aus unterschiedlichen kommunistischen Gruppen oder es waren Anarchist*innen – halfen mir zu verstehen, dass Wut und Entsetzen alleine nicht genügen, um eine Welt zu verändern, in der solche Kriege geführt werden. Ein Grund für den Sieg der Menschen in Vietnam war, dass sich weltweit eine Bewegung der internationalen Solidarität entwickelte, die sich auch durch die immer härter werdende Repression in den eigenen Ländern nicht aufhalten ließ. Hier in Westdeutschland gab es Massendemonstrationen und Aktionen gegen staatliche Einrichtungen der USA und des US-Militärs. Am schärfsten kämpfte die Rote Armee Fraktion (RAF), die durch ihre Angriffe in Heidelberg und Frankfurt (Sitze der US-Armee) nicht nur die Verwicklung des deutschen Staates in den Krieg offenlegte, sondern auch die der deutschen Wirtschaft. Dadurch habe ich viel gelernt und viel verstanden.

„Protest ist, wenn ich sage, dies und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, dass das, was mir

nicht passt, nicht länger geschieht.“ (Ulrike Meinhof, RAF, sie wurde in der Nacht vom 8. auf den 9.Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle erhängt gefunden.)

## Kämpfen im Herzen der Bestie

Seit ich 15 Jahre alt bin, habe ich gelernt, gelesen, versucht, zu verstehen, und versucht, Widerstand zu leisten und zu kämpfen.So habe ich Klassenkameraden dabei unterstützt, den Kriegsdienst zu verweigern, oder jungen US-Soldaten geholfen zu desertieren. Ganz gleich, ob es der Putsch in Chile war, die antikolonialen Kämpfe in den Ländern des Nahen Ostens und Afrikas oder die Befreiungsbewegungen auf dem amerikanischen Kontinent, der Sieg über die griechische Militärdiktatur, der Kampf der Menschen im Iran gegen das Schahregime, die Kämpfe der Menschen in der Türkei nach dem NATO-Putsch oder der Freiheitskampf der KurdInnen: Wir waren auch hier solidarisch, demonstrierten, diskutierten mit den Menschen aus den verschiedenen Ländern, legten die westdeutsche Mitverantwortung offen und versuchten, Regierung und Kapital hier zu zwingen, ihre Unterstützung für all die Diktaturen, Putschisten und Obristen aufzugeben. Das taten sie natürlich nicht, denn mit Diktaturen lassen sich prima Geschäfte machen. Aber immerhin gerieten sie in Legitimationszwang. Unsere Demonstrationen wurden immer militanter, immer entschlossener. Der deutsche Staat reagierte mit immer mehr Repression und Brutalität.

Gleichzeitig aber kamen viele Menschen aus anderen Ländern hierher, Genossinnen und Genossen, mit denen ich reden und von denen ich sehr viel lernen konnte. So veränderte ich mich allmählich. Hatte ich vorher oft ein schlechtes Gewissen, weil wir hier doch relativ sicher und satt leben können, auf Kosten der anderen, begriff ich nun, dass wir nur alle zusammen dieses lebensfeindliche System besiegen können, jede und jeder da, wo sie oder er lebt. Alle unter ihren eigenen Bedingungen, aber gleichberechtigt und mit dem gleichen Ziel: ein Leben in Freiheit, Frieden, Würde und Gerechtigkeit für alle.

Oft wollte ich dahin gehen, wo die Menschen wirklich kämpfen, nicht nur demonstrieren und mir Prügeleien mit der Polizei liefern. Aber immer bekam ich zu hören: Du musst hier bleiben. Ihr müsst hier kämpfen, in der Metropole. Ihr kennt euch hier aus. Denn solange die Bestie nicht in ihrem Herzen angegriffen wird, werden auch andere nicht auf Dauer siegen können. Also bin ich geblieben. Ich habe das verstanden.

Ein Satz von Che Guevara hat mich seit meiner Jugend begleitet und mich immer wieder gezwungen, mich zu hinterfragen:

„Die Solidarität der fortschrittlichen Welt gegenüber dem vietnamesischen Volk hat den gleichen Geschmack bitterer Ironie wie die Anfeuerungsrufe des Plebs für die Gladiatoren des römischen Zirkus. Es handelt sich nicht darum, dem Angegriffenen viel Erfolg zu wünschen, sondern darum, sein Los zu teilen, ihn zu begleiten in den Tod oder zum Sieg.“ (Che Guevara: Schafft zwei, drei, viele Vietnams)

Fast 50 Jahre sind vergangen, seit ich gegen den Vietnamkrieg demonstriert habe. In dieser Zeit habe ich persönlich und auch die Bewegungen viele Fehler gemacht. Wir haben Niederlagen erlebt und Kämpfe verloren. Aber aus den Fehlern haben wir gelernt, aus den Niederlagen sind wir verändert und stärker wieder aufgestanden und die verlorenen Kämpfe haben uns weitergebracht. Manchmal haben wir sogar Kämpfe gewonnen und kleine, manche größere Siege errungen. Viele Genoss*Innen sind gestorben, auch einige, die ich gut kannte. Sie sind für mich ein wichtiger Motor, weiterzugehen.

## Die 80er Jahre

Anfang der 80er Jahre haben wir Häuser besetzt und Widerstand gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens als NATO-Flughafen geleistet. Für kurze Zeit – 3 Jahre – lebte ich kollektiv und spürte, welche Freiheit dieses Leben bedeuten kann. Aber dann wurden die Häuser und das Hüttendorf am Flughafen brutal geräumt. Es schien, als sei der Traum aus. In El Salvador aber kämpften die Menschen bewaffnet gegen das von der US-amerikanischen Regierung unterstützte Regime. Auch in der Türkei wurde gekämpft und an vielen anderen Orten. Das hat mir die Kraft gegeben, weiterzumachen. Es war schon so: Auch wenn wir ziemlich am Boden waren – anderswo ging der Kampf weiter und wir fühlten uns mit den Menschen dort eng verbunden.

Dann wurde ich Mutter und konnte und wollte nicht mehr so wie vorher auf die Straße gehen. Also habe ich mich an den Kämpfen gegen die Isolationshaft der politischen Gefangenen in Deutschland beteiligt und Gefangene besucht. Das war eine schwere Zeit für mich, denn ich musste die Familie ernähren und für mein Kind sorgen. Oft fühlte ich mich nur noch als Mitläuferin.
Einige Genoss*Innen dachten, ich würde jetzt aufhören zu kämpfen, weil ich ein Kind habe. Aber das ist Unsinn. Zu den vielen Gründen, hier Widerstand zu leisten, kam nun hinzu, dass ich auch für die Zukunft meines Kindes kämpfte, das nicht in Krieg, kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung leben, also eine menschlichere Zukunft haben sollte. Das hat bisher nicht wirklich geklappt.

## Nach dem Mauerfall

Ende der 80er Jahre, nach der sogenannten Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zusammenbruch der real existierenden sozialistischen Staaten, explodierten der Rassismus und die faschistoide Gewalt in Deutschland. Wir konzentrierten alle Kräfte darauf, diese



*Gegen die Startbahn West - Frankfurt in den 80er Jahren*

dumme, brutale, engstirnige Tendenz zurückzuschlagen. Antifaschismus war das Gebot der Stunde. Weit über 100 Menschen fielen den Neonazis zum Opfer. Aber wir konnten sie zurückdrängen, mehr oder weniger, an den meisten Orten.

Anfang der 90er kam es zu massiven Spaltungen in der deutschen Linken und ein nicht kleiner Teil wandte sich dem neoliberalen Denken zu, wurde antikollektivistisch, individualistisch, befürwortete Kriege, lehnte den Internationa- lismus ab und propagierte eine völlig unreflektierte absolute Solidarität mit Israel und dem westlichen Denken. Will heißen, verabschiedete sich von revolutionären, emanzipatorischen Grundsätzen. Auch das hat uns lange beschäftigt und aufgehalten.



## Zapatistas - der erste Aufstand der Postmoderne

1994 machten die Zapatistas in Chiapas/Mexiko einen Aufstand, der anders war als die Aufstände vorher. Sie hatten gelernt aus den Kämpfen und auch den Niederlagen auf dem amerikanischen Kontinent. Sie entschieden sich für basisdemokratische Strukturen. Das erste Gesetz, das sie einführten, war das revolutionäre Frauengesetz, das neben einigen anderen Artikeln die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen auf allen Ebenen der Verwaltung , der Guerilla, der Bildung, der Gesundheitsversorgung usw. festlegte. 1996 nahm ich am „Ersten Intergalaktischen Treffen für die Menschheit, gegen den Neoliberalismus" auf zapatistischem Gebiet teil. 4000 Menschen aus den meisten Ländern der Erde waren zusammengekommen, um darüber zu reden, woher wir kommen, wo wir jetzt stehen und wie es weitergehen kann. Es war eine intensive Erfahrung, die bis heute anhält. Entstanden ist daraus ein weltweites Netz der Kommunikation ohne Zentrum und Hierarchien, für die Information von unten und links, das hier Indymedia heißt, ebenso wie ein weltweites Netz gegen den Neoliberalismus, Peoples global action, PGA. Auch das Ya Basta Netz in Deutschland ist damals entstanden, ein Netz der Solidarität und Rebellion, das sowohl solidarisch mit den Zapatistas als auch hier an Kämpfen beteiligt ist. Wir nahmen Teil an den weltweiten Mobilisierungen gegen die World Trade Organisation und die G8 Gipfel. In Seattle wurde der WTO Gipfel so blockiert, dass er nicht stattfinden konnte. Das war bisher einmalig auf der Welt. Auch beim EU-Gipfel in Prag war nichts möglich für die Herrschenden. Im Gegenteil: sie wurden bis in ihre Hotels verfolgt. Eine sehr große Mobilisierung fand in Genua gegen den G8-Gipfel statt. Dort wurde der Genosse Carlo Giuliani brutal auf offener Straße vor unseren Augen erschossen.

## Weltweiter Kampf gegen den Neoliberalismus

Heute drückt sich der Widerstand gegen den neoliberalen Kapitalismus in den Kämpfen gegen Freihandelsabkommen aus, die die Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen weltweit immer weiter verschärfen und häufig zu Kriegen führen. Und die Bundesrepublik Deutschland ist da ganz vorne mit dabei. Zwar zunehmend auch militärisch, aber vor allem ökonomisch. Es ist einer der reichsten Staaten der Welt. Das wird man nicht durch Höflichkeit und Respekt, sondern durch knallharte Ausbeutung und Unterdrückung. Die Länder werden abhängig von deutschen Konzernen, die ihnen die Bedingungen diktieren. Sehr häufig unter dem Deckmantel von „Entwicklungshilfe", was allerdings meist Entwicklungshilfe für die deutsche Wirtschaft heißt (Pharma-, Auto-, chemische Industrie, Wasserprivatisierung und Energiesektor um nur einige Beispiele zu nennen).

Wenn ich meine Ziele und Träume von einem Leben in Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Würde nicht aufgeben will: wie sollte ich unter diesen Umständen nicht Internationalistin sein? Es bedeutet schließlich solidarisch zu sein mit allen Anderen auf der Welt, die für Befreiung und ein Leben in Würde kämpfen und gleichzeitig den Kampf auch hier, in einer der Metropolen der Unterdrückung und Zerstörung zu führen. Denn das ist es, was ich aus der Zeit des deutschen Faschismus gelernt habe: ich will und muss in der Zeit, in der ich lebe, Verantwortung übernehmen für das, was geschieht. Und das bedeutet handeln, kämpfen und nicht aufgeben.

Und natürlich frage ich mich immer wieder, ob ich auch genug getan habe und muss immer wieder sagen: nein, habe ich nicht. Ich hätte mehr und entschlossener handeln müssen. Wenn ich mir heute die Welt anschaue, sehe ich immer mehr und immer furchtbarere Menschenverachtung und Brutalität. Aktuell ist das der Angriff auf Kobane und die kurdische Selbstverwaltung. Und ich sehe auch den unglaublichen Widerstand, der dort geleistet wird. Denn es geht dort nicht nur um das blanke Überleben. Es geht auch um das Weiterleben der Hoffnung auf ein besseres, ein menschenwürdiges Leben. Deshalb ist Kobane überall.

Die einzige Chance, die wir haben,das, was immer wieder Mut macht und Hoffnung gibt, ist die Tatsache, dass es überall auf der Erde Menschen gibt, die sich wehren und um ihre Befreiung kämpfen. Gerade in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung sind Internationalismus und Solidarität Waffen, die wir nicht aus der Hand geben dürfen und die niemals stumpf werden. Weil sie lebendig sind und uns vorwärts bringen. Das gibt mir die Kraft, immer weiterzumachen, mich zu verändern und mein Herz nicht zu verhärten.

Es ist gar keine Frage: ich bin und bleibe autonome Internationalistin. Warum auch nicht? Noch haben wir unsere Ziele nicht erreicht.

In diesem Sinne: Hoch die Internationale Solidarität !
Biji berxwadane Kobane !

**Erna Müller**






networkaq.net

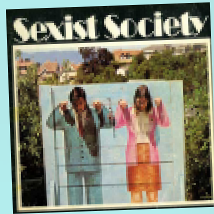
Wir freuen uns, unsere zweite Konferenz mit dem Titel »Die Kapitalistische Moderne herausfordern II: Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen« ankündigen zu können.
Diese Konferenz wird am Osterwochenende, vom 3.-5. April 2015, in Hamburg stattfinden. Auch auf dieser zweiten Konferenz wird die Kritik der kapitalistischen Moderne im Brennpunkt stehen, doch hauptsächlich wollen wir detailliert über den Aufbau einer Alternative diskutieren. Deswegen sollen Ökonomie und Frauenbefreiung zwei Hauptthemen der Konferenz 2015 werden. Sie wird nicht nur größer (das Audimax fasst 1200 Menschen), sondern auch – wie wir erwarten – noch besser werden.

Die Anmeldung beginnt ab sofort. Bitte meldet Euch unter registration@networkaq.net an













Network for an Alternative Quest: Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« • KURD-AKAD Netzwerk kurdischer AkademikerInnen • YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan • Kurdistan Report • ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V. • Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden • Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit

# Kobanê ist frei! Es lebe Rojava!

Das war wohl die schönste Meldung der letzten Zeit. Kobanê ist frei! Nach über vier Monaten Belagerung durch den Islamischen Staat haben die mutigen Kämpfer_innen der Selbstverteidigungskräfte YPG, der Fraueneinheiten YPJ und weiterer Gruppen die Stadt befreit und dem IS seine erste große Niederlage zugefügt. Die selbstorganisierten kurdischen Gebiete in Syrien, Rojava genannt, sind nach allem was wir wissen, ein echter Hoffnungsschimmer für die Menschen dieser Region. Rojava mit seinem Gesellschaftsmodell, das auf Gleichberechtigung und Rätedemokratie unter Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen setzt, drücken wir unsere Solidarität aus.



Mittlerweile kehren immer mehr Menschen in ihre völlig zerstörte Stadt zurück. Zur Zeit fehlt es dort an allem und wir möchten unsere Leser_innen bitten für den Wiederaufbau zu spenden. Eine Möglichkeit hierfür bietet das Spendenkonto von medico international mit der Kontonummer 1800
(IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00), BLZ; 500 502 01 (BIC: HELADEF1822), Stichwort: Rojava

Liebe Menschen in Rojava, wir freuen uns aufrichtig mit euch. Unsere Herzen sind bei euch und den vielen Toten, Verwundeten und Vertriebenen. Gemeinsam mit euch fordern wir die Anerkennung von Rojava als demokratischem Gesellschaftsmodell, das Ende der Unterstützung des IS durch die Türkei, die Einrichtung eines Hilfskorridors für humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau der Infrastruktur sowie die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland.

Schaffen wir zwei, drei, viele Rojavas!